



Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1992	
Die Lage der Weltwirtschaft	199
Die wirtschaftliche Lage in Deutschland	208

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 16-17/92

Berlin

16. April 1992

2. Ex.

59. Jahrgang

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1992

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., München:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg

ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Hamburg am 9. April 1992

Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Die konjunkturelle Flaute in den Industrieländern hielt im Winterhalbjahr an. In den USA setzte sich die Belebung, die im Frühsommer vergangenen Jahres begonnen hatte, kaum noch fort. In Japan wurden die Auftriebskräfte schwächer, und in Westeuropa nahmen Nachfrage und Produktion nur wenig zu. Die Auslastung der Kapazitäten ging überall zurück, und die Arbeitslosigkeit erhöhte sich zu meist. Der Anstieg der Preise verlangsamte sich.

Die Straffung der Geldpolitik, mit der die Zentralbanken Ende der achtziger Jahre der Gefahr einer konjunkturellen Überhitzung entgegengetreten waren, hat zwar den

Kosten- und Preisauftrieb frühzeitig gebremst, aber die Dämpfung der Nachfrageexpansion war nachhaltiger als zunächst erwartet. Die Anstöße, die von der raschen Beendigung des Golfkrieges ausgegangen waren, haben im vergangenen Jahr nur zu einer leichten Besserung der Weltkonjunktur geführt. Einen retardierenden Einfluß übte vor allem in den USA die hohe Verschuldung der privaten Haushalte und der Unternehmen aus. In Westeuropa ließen die von der deutschen Vereinigung ausgelösten Impulse nach. Belastend wirkte die nochmalige Straffung der deutschen Geldpolitik; sie brachte über den Zins- und Wechselkursverbund die Lockerungstendenzen in anderen westeuropäischen Ländern, in denen die Zinsen seit

dem Frühjahr 1990 leicht gesenkt worden waren, zum Stillstand.

Die Konjunkturschwäche führt in den öffentlichen Haushalten zu wieder steigenden Finanzierungsdefiziten, die als automatische Stabilisatoren wirken. Maßnahmen zur Anregung der Nachfrage werden indes in den meisten Ländern trotz der weiter sinkenden Kapazitätsauslastung und der zunehmenden Arbeitslosigkeit nur in geringem Umfang ergriffen. Diese Zurückhaltung ist häufig dadurch bedingt, daß die mittelfristig angestrebte Konsolidierung der Staatsfinanzen in den letzten Jahren nicht erreicht wurde. Für die USA ist aus diesem Grunde sowie wegen gravierender steuerpolitischer Meinungsdivergenzen zwischen Regierung und Kongreßmehrheit eine nennenswerte Stimulierung der Nachfrage durch die Finanzpolitik nicht wahrscheinlich. In Westeuropa gibt es lediglich für Großbritannien ein Ankurbelungsprogramm, während in den anderen Ländern eine mehr oder weniger konjunkturneutrale Finanzpolitik verfolgt wird. Dabei spielt wohl auch eine Rolle, daß die mittelfristige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nach den Beschlüssen von Maastricht über die Kriterien für eine Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion erhöhte Bedeutung bekommen hat. In Japan handelt es sich bei den bisher vorgesehenen Maßnahmen zur Konjunkturanregung im wesentlichen um eine beschleunigte Realisierung öffentlicher Investitionen, doch ist mit einem umfangreichen Nachtragshaushalt im Herbst zu rechnen. Insgesamt ist die Finanzpolitik in den Industrieländern schwach expansiv.

Die Fortschritte bei der Dämpfung des Preisauftriebs und die Nachfrageschwäche haben die Zentralbank der USA zu einer verstärkten Lockerung der Geldpolitik veranlaßt, wie der mit der Senkung der Leitzinsen vergrößerte Abstand zwischen den kurz- und den langfristigen Zinsen zeigt. Der expansive Kurs dürfte im weiteren Verlauf des Jahres fortgesetzt werden, wenngleich nochmalige Zinsreduzierungen angesichts des sich beschleunigenden Geldmengenwachstums wenig wahrscheinlich sind. In Japan wird die Zentralbank, die seit Mitte vergangenen Jahres einen expansiven Kurs verfolgt, die Zinsen eher nochmals senken. Für Westeuropa ist bedeutsam, daß die deutsche Geldpolitik ihre straffe Linie vermutlich noch eine Zeitlang fortsetzen wird. Die anderen Länder konnten infolge der Stabilisierungsfortschritte ihre Zinsen näher an das Niveau der deutschen Zinsen heranzuführen, ohne die Bindung der Wechselkurse ihrer Währungen an die D-Mark zu gefährden. Zu einem weiteren Rückgang der Zinsen wird es in Westeuropa wohl erst im späteren Verlauf dieses Jahres kommen, wenn die Bundesbank die Zinsen senkt.

Eine wichtige Verbesserung wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen wäre der baldige erfolgreiche Abschluß der GATT-Verhandlungen über die weitere Liberalisierung des Welthandels, denn dadurch würden die Aussichten auf eine mittelfristige Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung und damit zusätzliche Produktivitäts- und Wohlstandssteigerungen für Industrie- und Entwicklungs-

länder günstiger. Anscheinend sind aber die von Partikularinteressen in den wichtigsten Industrieländern bestimmten Hindernisse nach wie vor so groß, daß ein baldiger Abschluß der Verhandlungen wenig wahrscheinlich ist, zumal sich die Wahlen in den USA nähern. Dennoch wird hier nicht damit gerechnet, daß es die Regierungen in dieser Situation zu ernsthaften handelspolitischen Konflikten kommen lassen.

Neben der Ungewißheit über den Ausgang der GATT-Verhandlungen, die vor allem die mittelfristigen Perspektiven betreffen, gibt es Unsicherheiten, die schon die kurzfristige Prognose der weltwirtschaftlichen Entwicklung erschweren. Dazu zählen insbesondere die Auswirkungen der hohen Verschuldung des privaten Sektors, namentlich in den angelsächsischen Ländern, sowie der ungünstige finanzielle Status vieler Banken. Es spricht vieles dafür, daß diese Einflüsse zwar das Wirksamwerden der konjunkturellen Anregungen nicht verhindern, aber die Entfaltung der Auftriebskräfte hemmen werden. Für die konjunkturelle Entwicklung in Westeuropa, insbesondere im Jahr 1993, besteht ferner das Risiko, daß Bedingungen für eine Lockerung der Geldpolitik in Deutschland noch länger als hier angenommen auf sich warten lassen. Auf der anderen Seite sollte allerdings nicht übersehen werden, daß die monetären Anregungen — insbesondere in den USA — oder auch nur der Fortfall dämpfender Eingriffe kräftigere Anstöße für die Weltkonjunktur auslösen könnten als hier unterstellt. Das gilt nicht zuletzt deshalb, weil im zurückliegenden Aufschwung eine inflatorische Übersteigerung und damit eine Stabilisierungskrise vermieden wurden. Dies half, die in den achtziger Jahren erreichte Verbesserung der Wachstumsbedingungen in den meisten westeuropäischen Ländern zu bewahren. Ferner werden die positiven Wirkungen der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes und der Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes möglicherweise unterschätzt.

Die Prognose der Weltkonjunktur schließt die Annahme ein, daß sich der Wechselkurs des Dollars und der Ölpreis wenig verändern. Insgesamt deutet vieles darauf hin, daß in den USA nunmehr eine konjunkturelle Erholung eingesetzt hat. Dies wird eine weltweite Verbesserung des Konjunkturklimas begünstigen. In Japan werden die wirtschaftspolitischen Anregungen wohl schon bald spürbar werden. In Westeuropa dagegen werden die Auftriebskräfte vermutlich noch über den größten Teil dieses Jahres hinweg schwach bleiben. Der Zuwachs des Bruttosozialprodukts der Industrieländer insgesamt wird 1992 mit rund 1 ½ vH zwar etwas größer als im Vorjahr sein, aber er bleibt erneut beträchtlich hinter der Potentialausweitung zurück. Erst für das Jahr 1993 zeichnet sich mit einer Rate von voraussichtlich 3 vH eine höhere Auslastung ab. Der Preisanstieg in den Industrieländern dürfte mit einer durchschnittlichen Rate bei der privaten Lebenshaltung von rd. 3 ½ vH in diesem wie im nächsten Jahr moderat sein. Der Weltmarkt wird von der konjunkturellen Belebung in den USA angeregt werden, jedoch wird die Expansion zunächst

noch verhalten sein, da die Impulse aus anderen Industrieländern nur allmählich stärker werden.

In den ehemaligen Planwirtschaften Osteuropas sind Produktion und Beschäftigung weiter zurückgegangen. Die in einigen Ländern für dieses Jahr erwartete Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird sicherlich nicht erreicht werden. Die Inflationsraten werden hoch bleiben.

Konjunkturelle Erholung in den USA

In den USA hat die Konjunktur nach der Belebung im vergangenen Frühsommer zunächst an Schwung verloren. Im Winterhalbjahr dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion mit einer Jahresrate von nur 1 vH gestiegen sein. Die Kapazitätsauslastung ist gesunken, und die Beschäftigung stagnierte. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich seit dem Herbst um einen halben Prozentpunkt auf 7,3 vH. Der Preisauftrieb hat sich weiter abgeschwächt. Auf der Verbraucherstufe lag die Teuerungsrate im Vorjahresvergleich im Februar bei knapp 3 vH; sie hat sich damit innerhalb eines Jahres nahezu halbiert.

Die Inlandsnachfrage nahm im Winterhalbjahr leicht zu. Angeregt durch die deutlich gesunkenen Hypothekenzinsen wurden die Investitionen im Wohnungsbau verstärkt ausgeweitet. Auch ist der private Konsum etwas kräftiger als zuvor gestiegen; zwar expandierten die verfügbaren Einkommen wegen der stagnierenden Beschäftigung nur wenig, doch erhöhte sich die Kaufkraft infolge der anhaltenden Preisberuhigung. Dagegen nahmen die Unternehmensinvestitionen noch nicht zu; die gewerblichen Bauinvestitionen gingen wegen des Angebotsüberhangs an gewerblichen Immobilien weiter zurück. Auch die Staatsnachfrage blieb rückläufig.

Trotz schwacher Weltkonjunktur stiegen die Exporte nach wie vor recht kräftig, aber auch die Importe wurden merklich ausgeweitet. Das Leistungsbilanzdefizit hat seit dem vergangenen Sommer wieder leicht zugenommen. Im Jahresergebnis 1991 fiel es gleichwohl außerordentlich niedrig aus, dies vor allem wegen der empfangenen Zahlungen für die Kosten des Golfkrieges.

Die Zentralbank verfolgt seit geraumer Zeit einen expansiven Kurs. Nachdem die konjunkturelle Belebung im Winterhalbjahr ins Stocken geraten war, hat das Federal Reserve Board die geldpolitischen Zügel nochmals merklich gelockert. Der Diskontsatz wurde auf 3,5 % gesenkt, und die Mindestreserveanforderungen wurden verringert. Die kurzfristigen Zinsen sind seit dem vergangenen Herbst um einen Prozentpunkt auf rd. 4 % zurückgegangen. Die Expansion der Geldmenge M1 hat sich deutlich beschleunigt. Die Geldmenge M2, die zuvor kaum noch gestiegen war, lag zuletzt wieder innerhalb der von der Zentralbank angestrebten Zielzone. Vor diesem Hintergrund wird die Zentralbank bei der erwarteten konjunkturellen Belebung im wei-

teren Verlauf dieses Jahres wahrscheinlich von zusätzlichen expansiven Maßnahmen absehen.

Die Regierung veranschlagte das Defizit im Bundeshaushalt für das laufende Fiskaljahr zuletzt auf rund 400 Mrd. Dollar, nachdem es 1991/92 noch 269 Mrd. Dollar betragen hatte. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt würde dies einen Anstieg um zwei Prozentpunkte auf fast 7 vH bedeuten. Der weitaus größte Teil des Anstiegs geht auf die Wirkung der automatischen Stabilisatoren zurück. Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit, das — in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — etwa halb so groß wie das des Bundeshaushalts ist, dürfte sich allerdings wesentlich weniger erhöhen, nicht zuletzt weil die Überschüsse bei Ländern und Gemeinden wieder steigen. Insgesamt werden von der Finanzpolitik kaum nennenswerte konjunkturelle Impulse ausgehen. Dabei ist angenommen, daß die gegenwärtige Diskussion über ein finanzpolitisches Konjunkturprogramm angesichts der gravierenden Differenzen zwischen Regierung und Kongremehrheit nicht zu umfangreichen Stimulierungsmaßnahmen führt.

Mit der nochmaligen Verstärkung der monetären Anstöße haben sich die Aussichten auf eine beschleunigte Expansion der Nachfrage weiter gebessert. Vor allem der Wohnungsbau wird in zunehmendem Maße von den gesunkenen Zinsen angeregt werden. Aus gleichem Grunde wird sich auch die Konsumneigung tendenziell verstärken; wegen der vorerst noch geringen Zunahme der Beschäftigung werden die Einkommen und der private Konsum zunächst aber wohl nur verhalten expandieren. Die gewerblichen Investitionen werden bei den gesunkenen Finanzierungskosten und den sich bessernden Absatz- und Ertragserwartungen insgesamt zunehmen. Dabei werden auch die gewerblichen Bauinvestitionen nach und nach wieder ausgeweitet. Die Inlandsnachfrage dürfte somit — begünstigt durch lagerzyklische Effekte — im Jahresverlauf an Schwung gewinnen. Die Exporte werden merklich steigen, noch stärker dürften jedoch die Importe mit der konjunkturellen Belebung ausgeweitet werden. Insgesamt werden sich die Impulse von der außenwirtschaftlichen Entwicklung dabei tendenziell verringern.

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 1992 das Vorjahresniveau um etwa $1\frac{3}{4}$ vH überschreiten, bei allerdings im Verlauf spürbar höherer Rate. Im kommenden Jahr wird der Anstieg mit voraussichtlich 3 bis $3\frac{1}{2}$ vH relativ moderat bleiben, nicht zuletzt weil die Verschuldungsprobleme im öffentlichen und privaten Sektor die Entfaltung von Aufschwungskräften behindern. Die Arbeitslosigkeit wird sich vorerst eher noch vergrößern. Die Teuerungsrate der privaten Lebenshaltung dürfte sich im Jahresdurchschnitt 1992 auf etwa $3\frac{1}{2}$ vH belaufen. Im nächsten Jahr wird sie wohl kaum höher sein. Das Leistungsbilanzdefizit wird nach dem Wegfall der Sondereinnahmen aus Transfers wieder deutlich steigen, voraussichtlich auf etwa 55 Mrd. Dollar; dies entspricht rund 1 vH des Bruttoinlandsprodukts.

Japan auf der Talsohle

In Japan hat sich der Konjunkturabschwung im Winterhalbjahr fortgesetzt. Die Expansion des Sozialprodukts kam zum Stillstand, die Inlandsnachfrage ging sogar zurück. Insbesondere die gewerblichen Anlageinvestitionen sind gesunken, da sich die Absatz- und Ertragslage markant verschlechtert hat. Die Investitionen im privaten Wohnungsbau nahmen weiterhin stark ab, wengleich die seit Mitte 1991 ermäßigten Zinsen und rückläufige Preise für Grundstücke und Bauleistungen zuletzt die Nachfrage wieder anregten. Mit der deutlichen Abkühlung des Konjunkturklimas hat die Konsumneigung nachgelassen; die Expansion des privaten Verbrauchs verlangsamte sich.

Die Exporte nahmen wieder etwas rascher zu; dagegen schwächte sich der Anstieg der Importe ab. Infolge der Aufwertung des Yen bis zu Jahresbeginn und nachgebender Weltmarktpreise für Rohstoffe haben sich die Terms of Trade verbessert. Die zuvor schon sehr hohen Überschüsse in der Handels- und Leistungsbilanz vergrößerten sich so weiter.

Die Preise sind nur noch wenig gestiegen. Stabilisierende Einflüsse gingen von der Verbilligung importierter Vorprodukte aus. Vor allem aber engte der infolge sinkender Kapazitätsauslastung verschärfte Wettbewerb die Möglichkeiten zur Überwälzung der gestiegenen Lohnstückkosten ein. Bei der fortschreitenden Konjunkturabkühlung und sinkenden Gewinnen verfolgt die Geldpolitik seit Mitte vergangenen Jahres einen zunehmend expansiven Kurs; die Leitzinsen wurden bis in die jüngste Zeit deutlich gesenkt. Die Marktzinsen dürften niedrig bleiben oder gar noch weiter nachgeben.

Von der Finanzpolitik gehen schon infolge der automatischen Stabilisatoren im Abschwung konjunkturstützende Wirkungen aus. Darüber hinaus wurden öffentliche Investitionen in die erste Hälfte des Haushaltsjahres vorgezogen und vermehrte Investitionsanreize für kleinere und mittlere Unternehmen beschlossen; im Herbst dieses Jahres dürfte ein umfangreicher Nachtragshaushalt folgen.

Zur Verbesserung des Konjunkturklimas in Japan wird die Erholung in den USA beitragen. Der Anstieg der amerikanischen Nachfrage regt die japanischen Exporte sowohl direkt als auch indirekt — über eine Stimulierung der Nachfrage insbesondere in den südostasiatischen Schwellenländern — an. Im weiteren Jahresverlauf werden allmählich wieder die expansiven Kräfte das Übergewicht gewinnen. Eine deutliche Belebung ist zunächst bei den privaten Wohnungsbauinvestitionen und im öffentlichen Bau zu erwarten. Hingegen werden die gewerblichen Anlageinvestitionen erst mit Verzögerung wieder spürbar zunehmen. Die Anpassung der Läger wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Die realen verfügbaren Einkommen und damit der private Verbrauch werden nur recht langsam expandieren, da das Beschäftigungsvolumen vorerst wohl nicht nennenswert ausgeweitet wird, Tariflohnerhöhungen und Prämienzahlungen offenbar deutlich unter denen des

Vorjahres bleiben und andere Einkünfte schwächer steigen.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird zunächst wenig zunehmen; erst in der zweiten Hälfte dieses Jahres werden sich die Auftriebskräfte merklich verstärken. Im Jahre 1992 wird das Bruttosozialprodukt voraussichtlich um 2 vH höher sein als im Vorjahr und 1993 um 3½ bis 4 vH. Die Verbraucherpreise werden nur leicht steigen, im Durchschnitt dieses und des nächsten Jahres um jeweils 2 vH. Der Leistungsbilanzüberschuß wird sich nochmals vergrößern.

Zunächst noch Konjunkturflaute in Westeuropa

Seit dem vergangenen Sommer sind Nachfrage und Produktion in Westeuropa nur noch wenig gestiegen; die Auslastung der Kapazitäten ist bis zuletzt gesunken. Dabei nahm die konjunkturelle Differenzierung deutlich ab. In Großbritannien, zuletzt aber auch in Schweden und Finnland ging die gesamtwirtschaftliche Produktion nicht mehr zurück, während der Boom in Westdeutschland endete. Zu einer Rezession in Westeuropa kam es nicht, insbesondere weil in den meisten Ländern konjunkturelle Übersteigerungen und damit abrupte monetäre Bremsmanöver ausgeblieben waren, aber auch weil die Angebotsbedingungen im Verlaufe der achtziger Jahre nachhaltig verbessert worden sind. Da die hohen Realzinsen immer noch stark dämpfend wirkten und das Konjunkturklima durch die anhaltende Flaute in Nordamerika belastet wurde, blieb eine konjunkturelle Belebung bisher aus.

Die Anlageinvestitionen sind etwas gesunken. Die gewerblichen Investitionen gingen in einigen Ländern stark zurück. Auch im Wohnungsbau wurde weniger investiert, vor allem weil die Finanzierungskosten immer noch hoch waren. Die Investitionen im öffentlichen Bau wurden hingegen weiter leicht ausgeweitet. Die Lagerinvestitionen verringerten sich nur wenig; im Gegensatz zu früheren konjunkturellen Schwächephasen gingen von ihnen lediglich geringfügig dämpfende Einflüsse aus. Der private Konsum hat insgesamt weiter in mäßigem Tempo expandiert. Seine Zunahme entsprach etwa der Entwicklung der realen verfügbaren Einkommen.

Die Exporte der westeuropäischen Volkswirtschaften erhöhten sich nur noch wenig, weil der deutsche Einfuhrsog nachließ und die Aufwärtstendenz der Gesamtnachfrage in den anderen westeuropäischen Ländern und in Nordamerika schwach war. Gleichzeitig sind die Importe kaum noch gestiegen. Das Leistungsbilanzdefizit Westeuropas verringerte sich im Verlaufe des Jahres wieder.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich nochmals verschlechtert. Die Beschäftigung ist zuletzt insgesamt etwas gesunken; während sie in Westdeutschland merklich langsamer zunahm, war sie in den meisten anderen Ländern rückläufig. Die Zahl der Arbeitslosen vergrößerte sich weiterhin deutlich, besonders ausgeprägt in Finnland,

Schweden und Großbritannien. Anfang dieses Jahres war die Erwerbslosenquote im Durchschnitt der westeuropäischen Länder mit reichlich 9 vH um etwa einen Prozentpunkt höher als Anfang 1991.

Der Anstieg der Verbraucherpreise schwächte sich in der Grundtendenz weiter leicht ab. Im Vorjahresvergleich sank die Teuerungsrate merklich, obwohl in einigen Ländern Mitte 1991 bzw. zu Beginn dieses Jahres Abgaben und indirekte Steuern erhöht wurden. Die Verlangsamung des Preisauftriebs war eine Folge der strikten Geldpolitik und des bei der schwachen Produktionsentwicklung intensiven Wettbewerbs. Ferner gingen von den Einfuhrpreisen stabilisierende Effekte aus. Der Lohnauftrieb hat zumeist weiter nachgelassen.

Die Geldpolitik ist in Westeuropa Ende vergangenen Jahres wieder etwas straffer geworden. Nach der Erhöhung der Leitzinsen durch die Deutsche Bundesbank sind die kurzfristigen Sätze wegen des europäischen Wechselkursverbundes auch in den meisten anderen Ländern gestiegen. Die langfristigen Zinsen haben sich indes nur wenig verändert. Vermutlich wird es im weiteren Verlauf dieses Jahres zu einer leichten Lockerung der Geldpolitik kommen. Da sich die Inflationserwartungen fast überall zurückbilden, dürften auch die langfristigen Zinsen etwas fallen.

Die Finanzpolitik bleibt auf eine Fortsetzung des Konsolidierungskurses bedacht. Um strukturelle Haushaltsdefizite abzubauen, ist man in mehreren Ländern bestrebt, Subventionen und Sozialtransfers zurückzudrängen; vielfach werden auch Steuern und Abgaben erhöht. Konjunkturbedingte Mindereinnahmen und Mehrausgaben werden aber hingenommen. Die Finanzpolitik wird diese Linie auch weiterhin verfolgen. Eine Ausnahme bildet Großbritannien, wo ein ausgeprägt expansiver Kurs gesteuert wird.

Von der Wirtschaftspolitik insgesamt gehen in diesem Jahr erst geringe Anregungen aus. Dagegen sind von der Nachfrage aus Drittländern deutliche Impulse zu erwarten. Die allmähliche Verbesserung der Ertragserwartungen, zu der nicht zuletzt die verstärkten Maßnahmen zur Kostensenkung und Produktivitätssteigerung beitragen, wird voraussichtlich nach und nach zu einem Anstieg der gewerblichen Investitionen führen. Auch dürfte es zu einer leichten Aufstockung von Lagern kommen. Öffentliche Bauinvestitionen werden weiter verhalten zunehmen. Demgegenüber wird sich der Rückgang im Wohnungsbau bei dem immer noch hohen Niveau der langfristigen Zinsen zumeist bis in das nächste Jahr hinein fortsetzen. Der private Verbrauch dürfte in annähernd unverändertem Tempo steigen, da die realen verfügbaren Einkommen stetig expandieren und die Sparquote wohl annähernd konstant bleiben wird. In Deutschland wird der Wegfall des Solidaritätszuschlags zur Jahresmitte zunächst eine merkliche Belebung des Konsums bewirken.

Der Export wird im weiteren Verlauf dieses Jahres rascher zunehmen. Vor allem die Ausfuhr in die übrige Welt

wird — ausgelöst von der lebhafteren Nachfrageentwicklung in Nordamerika bei anhaltend kräftiger Nachfrageexpansion in den Ölexportländern sowie in einer Reihe von Schwellenländern — im Sommerhalbjahr verstärkt steigen. Der innereuropäische Handel dürfte sich hingegen erst im späteren Jahresverlauf spürbar erholen. Unter diesen Umständen wird das Defizit der Leistungsbilanz Westeuropas niedriger sein als im vergangenen Jahr.

Insgesamt werden sich Nachfrage und Produktion zunächst nur wenig erhöhen. Für den späteren Verlauf dieses Jahres ist eine Belebung zu erwarten. Sie wird im nächsten Jahr kräftiger werden. Im Jahresergebnis wird das reale Bruttoinlandsprodukt in Westeuropa 1992 um 1½ vH höher sein als im Vorjahr; 1993 wird der Zuwachs etwa 2½ vH betragen. Auf dem Arbeitsmarkt wird sich die Lage vorerst weiter verschlechtern; im allgemeinen dürfte sich die Beschäftigung leicht verringern und die Zahl der Arbeitslosen steigen.

Der Preisauftrieb wird noch etwas nachlassen, da der Wettbewerb intensiv bleibt und der Lohnauftrieb voraussichtlich schwächer wird. Die Teuerungsrate im Vorjahresvergleich wird auch durch Basiseffekte — so waren im vergangenen Jahr in einigen Ländern indirekte Steuern angehoben worden — gedrückt. Im Jahre 1992 werden die Verbraucherpreise in Westeuropa wahrscheinlich um 4 vH (1991: 4,7 vH) und 1993 um 3½ vH steigen.

Anhaltende Krise in Osteuropa

Die Wirtschaftskrise in den ehemaligen Zentralplanwirtschaften in Osteuropa setzt sich in diesem Jahr fort. Die vorliegenden statistischen Angaben sind vielfach unzureichend und machen es unmöglich, ein genaues Bild zu zeichnen. Eindeutig ist jedoch, daß die Produktion, die schon 1990 und 1991 stark geschrumpft war, insgesamt weiter kräftig zurückgeht und daß die Arbeitslosigkeit beträchtlich steigt. Die Anlageinvestitionen sinken in allen Ländern auf breiter Front. Die anhaltende Talfahrt ist sowohl auf den Zusammenbruch des bisherigen Zentralplansystems als auch auf Schwierigkeiten bei der Etablierung einer neuen, marktwirtschaftlichen Ordnung zurückzuführen.

Die Entwicklung ist in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Gegenwärtig sind die Friktionen am ausgeprägtesten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Dort beschleunigt sich die wirtschaftliche Desintegration, und die Produktion sinkt drastisch. Aber auch in Ungarn, Polen und der CSFR blieb die Produktion bis zuletzt rückläufig.

Die Geldentwertung ist überall beträchtlich. In der GUS hat sich die Inflation nach der weitgehenden Preisfreigabe zu Jahresbeginn nochmals beschleunigt. Hohe, über die Notenpresse finanzierte staatliche Haushaltsdefizite halten die Geldentwertung in Schwung. Letzteres gilt auch in Bulgarien und Rumänien. In Polen verstärkte sich die In-

flation, nach zeitweiliger Beruhigung, im Verlauf des Jahres 1991 wieder. In Ungarn und der CSFR ist es dagegen offenbar gelungen, eine nachhaltige Beschleunigung des Preisauftriebs zu verhindern; im Vorjahresvergleich allerdings ist die Geldentwertung gegenwärtig noch recht hoch.

Die anhaltende Krise belastet die Staatsfinanzen der osteuropäischen Länder schwer, sei es durch die Subventionierung maroder und personell überbesetzter Staatsbetriebe, sei es durch die Zahlungen an die steigende Zahl von Arbeitslosen. Zudem sind die Steuer- und Sozialsysteme erst rudimentär entwickelt, und selbst die vorgeschriebenen Abgaben werden vielfach nicht erbracht.

Die binnenwirtschaftlichen Friktionen in den Reformländern trafen mit stark dämpfenden außenwirtschaftlichen Einflüssen zusammen, die sich vor allem aus der gleichzeitigen und gleichartigen Krise bei den vormals wichtigsten Handelspartnern in Osteuropa ergaben. Kontraktive Einflüsse gingen insbesondere von den Nachfolgestaaten der Sowjetunion aus, auf die die planwirtschaftlich entwickelte Außenhandels- und Produktionsstruktur der anderen früheren RGW-Länder in besonderem Maße ausgerichtet war. Demgegenüber expandierte vielfach der Außenhandel mit westlichen Volkswirtschaften, namentlich in Westeuropa. Um die Exporte dorthin auszuweiten, wurden zunächst unter dem Druck akuten Devisenmangels Bestände an Roh- und Halbwaren verkauft. Die Erhöhung der Exporte stößt allerdings zunehmend auf Hindernisse, die aus dem nur langsam zu steigenden Angebot an konkurrenzfähigen Produkten und nicht zuletzt aus Einfuhrhemmnissen in westlichen Ländern resultieren.

Die Assoziierungsverträge zwischen der EG einerseits und Ungarn, Polen und der CSFR andererseits wirken einer solchen Entwicklung tendenziell entgegen. Sie sehen einen schrittweisen Zollabbau vor, von seiten der EG in beträchtlichem Umfang bereits in diesem Jahr. Dabei werden zwar sensible Bereiche — wie Stahl, Textilien und Agrarprodukte — weitgehend ausgeklammert. Wichtig ist aber, daß nun eine feste Vertragsgrundlage geschaffen ist, die es für östliche Anbieter lohnender macht, in den Aufbau von Vertriebswegen auf westlichen Märkten zu investieren und ihre Produkte den dortigen Erfordernissen anzupassen. Der insgesamt verbesserte Zugang zum EG-Binnenmarkt vergrößert zugleich die Chancen, die Umstrukturierung auch mit Hilfe von westlichen Investoren zu stimulieren. Außerdem wird den Reformländern administrative und technologische Hilfe angeboten. Die verstärkte Eingliederung dieser Volkswirtschaften in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung würde dazu beitragen, die binnenwirtschaftliche Lage zu stabilisieren und die Akzeptanz des Reformprozesses zu erhöhen.

Rohstoffpreise werden leicht steigen

Auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe blieb die Nachfrage im Winterhalbjahr im allgemeinen verhalten.

Der Rohstoffverbrauch nahm bei der fortdauernden Schwäche der Weltkonjunktur eher ab, und die Verarbeiter hielten ihre Vorräte weiterhin niedrig. Die Produktion einer Reihe von Rohstoffen wurde zwar gedrosselt, aber verschiedentlich stieg das Angebot, auch infolge erhöhter Lieferungen aus östlichen Ländern, so bei NE-Metallen und Baumwolle. Das Preisniveau blieb in dieser Situation unter Druck. Im weiteren Verlauf dieses Jahres dürfte der Rohstoffverbrauch vor allem aufgrund der Konjunkturbelebung in den USA wieder leicht steigen. Mit der allmählichen Verbesserung des Konjunkturklimas werden die Verarbeiter ihre — relativ niedrigen — Vorräte vermutlich etwas aufstocken. Insgesamt wird die Nachfrage auf den Industrierohstoffmärkten nach und nach zunehmen. Unter diesen Bedingungen ist ein leichter Anstieg der Preise für Industrierohstoffe zu erwarten.

Die Weltmarktpreise für Erdöl sind nach einer vorübergehenden Erhöhung im Herbst, die wohl auch auf die Unsicherheit über das künftige Angebot aus Rußland zurückging, wieder gesunken, weil sich der Ölbedarf nur wenig erhöhte und die OPEC ihre Förderung ausweitete. Mit der konjunkturellen Belebung in den Industrieländern dürfte der Ölverbrauch im weiteren Verlauf dieses Jahres etwas stärker zunehmen. Andererseits wird das Angebot wahrscheinlich schon aufgrund der fortschreitenden Wiederherstellung der Produktionsanlagen in Kuwait steigen, zumal Saudi-Arabien nicht ohne weiteres zu stärkeren Einschränkungen der Förderung bereit ist. Unter diesen Umständen ist eine nach wie vor reichliche Versorgung zu erwarten. Hier wird angenommen, daß der Weltmarktpreis für Erdöl (durchschnittlicher Einfuhrpreis der OECD-Länder) in diesem Jahr bei 18 Dollar je Barrel bleiben wird.

Auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genußmittel hat sich das Preisniveau seit dem vergangenen Herbst nur wenig verändert. Getreide, Sojabohnen und andere Ölsaaten wurden teurer, während die Preise für Kaffee, Kakao und Zucker deutlich sanken. Nach den Vorausschätzungen für die Anbauflächen in der Saison 1992/93 werden die Ernten von Weizen, Mais und anderem Futtergetreide den Verbrauch etwas übertreffen; allerdings sind die Annahmen über die Nachfrage aus Osteuropa sehr unsicher. Schon wegen der ungewöhnlich niedrigen Vorräte dürften die Preise nicht stark zurückgehen. Demgegenüber wird die Erzeugung von Ölsaaten, Kaffee und Kakao voraussichtlich hinter dem erwarteten Verbrauch zurückbleiben; vor allem bei den beiden letztgenannten Waren gibt es indes noch erhebliche Vorräte der Erzeuger, die einem Preisanstieg wohl relativ enge Grenzen ziehen werden. Für Zucker ist mit einer etwa ausgeglichenen Bilanz und geringen Änderungen der Notierungen zu rechnen. Insgesamt dürfte sich das Preisniveau auf den Nahrungs- und Genußmittelmärkten im weiteren Verlauf dieses Jahres leicht erhöhen.

Belebung des Welthandels

Der Welthandel expandiert seit dem Erlahmen der konjunkturellen Auftriebskräfte in den Industrieländern Mitte

1990 in mäßigem Tempo. Im weiteren Verlauf dieses Jahres werden von den Industrieländern zunehmend Impulse ausgehen. Dazu trägt in erster Linie die Nachfragebelebung in den USA bei. Demgegenüber wird die Einfuhr Westeuropas und Japans erst nach und nach an Kraft gewinnen. Insbesondere für die Entwicklungsländer bedeutet die Expansion in den USA eine wichtige Verbesserung der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Vor allem die Schwellenländer Südostasiens, aber auch Länder in Lateinamerika werden ihre Importe kräftig ausweiten. In den Erdölexportländern wird sich der zügige Anstieg der Einfuhr wohl fortsetzen. Die anderen Entwicklungsländer können zumeist ihre Bezüge nur wenig steigern, da ihre Erlöse aus Rohstoffexporten bei der verhaltenen Belebung der Weltkonjunktur erst langsam zunehmen. In Osteuropa ist mit einer nach wie vor stark differenzierten Entwicklung zu rechnen. In der GUS dürfte der Außenhandel angesichts der sich noch zuspitzenden Umstellungskrise schrumpfen, am stärksten der Handel mit anderen ehemaligen RGW-Staaten. Die übrigen osteuropäischen Volkswirtschaften zusammen werden dagegen im Zuge der Verstärkung des Austausches mit westlichen Ländern wohl auch ihre Einfuhr von dort weiter vergrößern.

Insgesamt gewinnt die Expansion des Welthandels im Verlauf dieses Jahres an Kraft. Im Jahresergebnis wird er — ohne den Austausch innerhalb Osteuropas — 1992 aber voraussichtlich mit real 4 vH wenig mehr zunehmen als im letzten Jahr (3 vH); 1993 dürfte er um 6 vH steigen.

* * *

Zu den Reformbemühungen in Osteuropa

Der Niedergang der Planwirtschaften und die Versuche einer raschen Einführung marktwirtschaftlicher Elemente in die bestehenden Wirtschaftsordnungen haben fast alle Länder Osteuropas in eine tiefe ökonomische Krise gestürzt. Die schweren schockartigen Veränderungen im Gefolge des Zusammenbruchs des alten Systems werden häufig unmittelbar mit der Einführung der Marktwirtschaft verknüpft und stellen damit diesen Übergang selbst und letztlich auch die Einführung demokratischer Systeme in Frage.

Das zentrale Problem der Umwandlung ehemals planwirtschaftlicher in marktwirtschaftliche Systeme ist, daß viele institutionelle Änderungen gleichzeitig durchgeführt werden müßten, um von Anfang an auf allen Ebenen richtige Signale für die Marktteilnehmer zu setzen. Das aber ist in der Regel wegen einer Vielzahl organisatorischer und administrativer Hemmnisse unmöglich. Hinzu kommt die Unkenntnis der Handelnden bezüglich der konstitutiven Prinzipien einer Marktwirtschaft. Überlagert wird der Transformationsprozeß zumeist von makroökonomischen Schocks in Form galoppierender Inflation und von Stabilisierungskrisen, die die rasche Umsetzung mikroökonomischer Reformen behindern oder gar unmöglich machen.

Konstitutiv für die Marktwirtschaft ist das Prinzip der Ver-

tragsfreiheit. Die Herstellung einer Privatrechtsordnung anstelle der umfassenden staatlichen Lenkung und Kontrolle ist der entscheidende Schritt für Unternehmen, Haushalte und staatliche Institutionen, der rasch und so umfassend wie möglich getan werden sollte. Hier ist es angebracht, auf Erfahrungen und die Ergebnisse des evolutorischen Prozesses in den westlichen Volkswirtschaften zurückzugreifen und Kernelemente zu übernehmen, anstatt eigene Versuche zu unternehmen, den legislativen Rahmen einer solchen Ordnung von Grund auf zu errichten. Nicht weniger dringlich ist die Reorganisation des Staates: Auf der Ausgabenseite muß strikt rationalisiert und abgebaut werden, was in der neuen Ordnung keine Funktion mehr hat. Um die inflationäre Defizitfinanzierung der öffentlichen Haushalte einzuschränken, ist der Aufbau eines einfachen, der Privatrechtsordnung adäquaten Steuer- und Sozialsystems unumgänglich.

Administrative Vorkehrungen und gesetzliche Voraussetzungen sind dafür zu schaffen, daß eine Reorganisation und Entflechtung der überdimensionierten und oft mit Monopolmacht versehenen Betriebe beginnen kann. In jedem Fall ist die massive Subventionierung der Staatsbetriebe abzubauen, Markteintrittsbarrieren sind zu beseitigen, und dem Prinzip der „Als-ob-Privatisierung“, das von der Privatrechtsordnung nicht zu trennen ist, ist Geltung zu verschaffen. Die Unternehmen, die über Jahrzehnte immer nur „weiche Budgetrestriktionen“ hatten, müssen harten Budgetbegrenzungen ausgesetzt werden. Die Privatisierung, das zeigt sich selbst bei den in dieser Hinsicht relativ günstigen Bedingungen in Ostdeutschland, braucht Zeit, in der auf die Herstellung der Sanktionsmechanismen des Marktes nicht verzichtet werden kann.

Um den schon aufgrund dieser Schritte einsetzenden raschen Strukturwandel abzufedern und politisch durchsetzbar zu machen, müssen Systeme der sozialen Absicherung installiert und durch Beiträge finanziert werden. Die Mittel, die beim Abbau von Produktsubventionen freiwerden, sollten dazu verwendet werden, private Haushalte direkt zu alimentieren (Übergang von der Objekt- zur Subjektförderung). Schließlich ist der Aufbau der Institutionen des Kreditwesens, die es in der Planwirtschaft nicht gab, notwendig, um auf allen Stufen des Wirtschaftens Knappheit des Geldes als weiteres konstitutives Element der Marktwirtschaft in die Dispositionen der Wirtschaftssubjekte einfließen zu lassen.

Die Planwirtschaften waren zumeist gekennzeichnet von einem Kaufkraftüberhang infolge übermäßiger Geldschöpfung. Dieser muß zu Beginn des Transformationsprozesses abgebaut werden; auch dem dient die Preisfreigabe. Eine nachfolgende Beschleunigung der Geldentwertung mit allen ihren Konsequenzen muß aber vermieden werden. Hier entstehen schwer lösbare Zielkonflikte. Die Stabilisierung des Geldwertes mittels restriktiver Geldpolitik ist nur um den Preis einer schweren Stabilisierungskrise, verbunden mit Arbeitslosigkeit und Produktionseinbruch, zu haben. Eine solche Entwicklung aber erschwert den mikro-

ökonomischen Umbau und belastet die politische Akzeptanz der gesamten Transformation. Geldwertstabilisierung ohne Stabilisierungskrise ist allerdings möglich, wenn der Staat erfolgreich ist bei dem Versuch, seine Ausgaben über Steuern und Abgaben statt über Defizite und Notenpresse zu finanzieren. Hinzukommen muß, daß die Arbeitnehmer die unumgängliche Umverteilung zugunsten der Unternehmen, die mit der Preisfreigabe verbunden ist, akzeptieren und nicht — beispielsweise via Indexierungsmechanismen — versuchen, dies zu verhindern. Der Konflikt der Geldpolitik mit der Finanz- und/oder der Lohnpolitik führte in Osteuropa in vielen Fällen zu Sekundärschocks im Anpassungsprozeß, die nicht unmittelbar mit dem Übergang zur Marktwirtschaft verbunden sind und vermeidbar waren.

Weil die Inflationsmentalität im Übergangsprozeß nur schwer zu brechen ist, sollte in den meisten Ländern eine Währungsreform sorgfältig erwogen werden. Es liegt aber in der Natur der Sache, daß eine durchgreifende Reform

des Geld- und Währungssystems glaubwürdig sein muß, soll sie erfolgreich sein. Deshalb bedarf es eines Konsenses der großen Gruppen der Gesellschaft, diese Form des Neuanfangs zu wagen. Ist das politisch durchzusetzen, ist diese Art der Geldwertstabilisierung die überlegene Methode des Abbaus des Geldüberhangs. Erforderlich ist auch dann eine konsequente Geldpolitik, eine moderate beschäftigungsorientierte Lohnentwicklung sowie eine Beschränkung staatlicher Kreditfinanzierung.

Extrem schwierig ist auch die außenwirtschaftliche Absicherung des Übergangsprozesses. Einerseits gilt es, die Binnenmärkte vor zu großem Angebotsdruck des Weltmarktes zu schützen, um den Neuaufbau der Industrie aus eigener Kraft zu ermöglichen. Andererseits sollte der Wettbewerb von außen groß genug sein, um die im Inland häufig existierenden Monopole in Anpassungszwang zu bringen und die für die Umstrukturierung richtigen Preissignale zu setzen. Hier die Balance, d.h. das richtige außenwirtschaftliche Regime zu finden, ist wohl nur in einem Prozeß des

Reales Bruttosozialprodukt und Verbraucherpreise in den westlichen Industrieländern
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹⁾

	Gewicht in vH	Bruttosozialprodukt			Verbraucherpreise		
		1990	1991	1992	1990	1991	1992
Deutschland ²⁾	10,2	2,6	0,2	1,5	—	—	—
Westdeutschland ³⁾		4,5	3,1	1,0	2,7	3,5	3,75
Ostdeutschland ^{2), 4)}		-14,4	-30,3	10,5	0,2	13,6	12,0
Frankreich	7,2	2,8	1,2	1,5	3,4	3,2	3,0
Italien	6,8	2,0	1,4	1,5	6,5	6,3	5,5
Großbritannien	6,0	1,0	-2,1	1,0	9,5	5,9	4,0
Spanien	3,1	3,6	2,4	2,5	6,7	5,9	6,0
Niederlande	1,7	3,9	2,0	1,5	2,5	3,9	3,5
Schweden	1,4	0,6	-1,1	0,0	10,5	9,3	3,5
Schweiz	1,4	2,2	-0,5	1,0	5,4	5,8	4,0
Belgien	1,2	3,7	1,5	1,5	3,4	3,2	2,5
Österreich	1,0	4,6	3,0	2,5	3,3	3,3	3,0
Dänemark	0,8	2,1	2,0	2,0	2,6	2,4	2,5
Finnland	0,8	0,4	-6,2	-1,0	6,1	4,1	3,5
Norwegen	0,6	1,8	1,6	2,0	4,1	3,4	2,5
Westeuropa ⁵⁾	42,2	2,4	0,4	1,4	5,2	4,7	4,0
USA	34,0	1,0	-0,7	1,75	5,4	4,2	3,5
Japan	20,2	5,2	4,5	2,0	3,1	3,3	2,0
Kanada	3,6	0,5	-1,5	2,0	4,8	5,6	2,5
Insgesamt ⁵⁾	100,0	2,4	0,8	1,7	4,8	4,3	3,4
Nachrichtlich: Insgesamt ⁶⁾		2,7	0,9	1,5	5,0	4,5	3,6

1) Veränderungsraten für 1992 geschätzt. — 2) Bruttosozialprodukt in Preisen von 1991. — 3) Bruttosozialprodukt in Preisen von 1985. — 4) Verbraucherpreise: Deflator des privaten Konsums. — 5) Summe der aufgeführten Länder; gewichtet gemäß Bruttosozialprodukt von 1991. Verbraucherpreise: nur Westdeutschland. — 6) Gewichtet mit Anteilen an der deutschen Ausfuhr 1991.

Quellen: EG, OECD, nationale Angaben, Schätzungen der Institute.

Versuchens und des Lernens aus Irrtümern möglich. In vielen Fällen wird es nicht realistisch sein, nur auf eine Abwertung der eigenen Währung zu setzen, da die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Branchen der Industrie zu unterschiedlich ist, um allein durch einen niedrigen Wechselkurs den Anpassungsdruck gleichmäßig zu verteilen. Das heißt, für die Liberalisierung des Außenhandels ist wohl eine Übergangsphase erforderlich, um den Strukturwandel sozial und politisch erträglich zu gestalten.

Insgesamt gesehen besteht die große Gefahr, daß die Folgen wirtschaftspolitischer Fehlentscheidungen, also vermeidbare Sekundärschocks auf makroökonomischer Ebene, quasi als Kennzeichen der Marktwirtschaft mißverstanden werden und damit der gesamte Transformationsprozeß diskreditiert wird. Es wäre fatal, wenn es infolge solcher Fehldiagnosen den Menschen in Osteuropa auf lange Zeit verwehrt bliebe, die Chancen einer freiheitlichen politischen und wirtschaftlichen Ordnung zu nutzen.

Reales Bruttosozialprodukt und Inlandsnachfrage in ausgewählten Industrieländern
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹⁾

	Gewicht in vH	Bruttosozialprodukt			Gewicht in vH	Inlandsnachfrage		
		1990	1991	1992		1990	1991	1992
Deutschland ²⁾	11,5	2,6	0,2	1,5	11,5	4,1	3,7	2,0
Westdeutschland ³⁾		4,5	3,1	1,0		4,5	3,0	1,0
Ostdeutschland ²⁾		-14,4	-30,3	10,5		0,4	8,3	7,0
Frankreich	8,1	2,8	1,2	1,5	8,1	3,2	1,1	1,5
Italien	7,7	2,0	1,4	1,5	7,8	1,9	2,3	1,75
Großbritannien	6,9	1,0	-2,1	1,0	6,9	-0,1	-3,5	1,0
Westeuropa ⁴⁾	34,2	2,2	0,2	1,4	34,3	2,5	1,3	1,6
USA	38,7	1,0	-0,7	1,75	39,0	0,5	-1,3	1,75
Japan	23,0	5,2	4,5	2,0	22,6	5,4	3,0	1,5
Kanada	4,1	0,5	-1,5	2,0	4,1	-0,4	-0,9	2,5
Insgesamt ⁴⁾	100,0	2,4	0,8	1,7	100,0	2,3	0,6	1,7

¹⁾ Veränderungsdaten für 1992 geschätzt. — ²⁾ Bruttosozialprodukt und Inlandsnachfrage in Preisen von 1991. — ³⁾ Bruttosozialprodukt und Inlandsnachfrage in Preisen von 1985. — ⁴⁾ Summe der aufgeführten Länder; gewichtet gemäß Bruttosozialprodukt bzw. Inlandsnachfrage von 1991.

Quellen: EG, OECD, nationale Angaben, Schätzungen der Institute.

Produktion, Preise und Arbeitslosigkeit in Osteuropa

	Bruttoinlandsprodukt ¹⁾			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote	
	1989	1990	1991 ⁴⁾	1989	1990	1991 ⁴⁾	1990	1991 ⁵⁾
Bulgarien	0	-14	-23	10	64	500	1,5	10,0
CSFR	2	-3	-16	1	10	58	0,5	6,5
Polen	1	-12	-9	244	585	70	6,0	11,5
Rumänien	-8	-11	-14	n.v.	4	200	n.v.	3,0
Ungarn	0	-5	-8	17	29	35	1,0	8,5
UdSSR	-2	-5	-17	8	10	96	2,0	2,0

¹⁾ Teilweise: Produziertes Nationaleinkommen. — ²⁾ Auf volle Prozente gerundet. — ³⁾ Auf halbe Prozente gerundet. — ⁴⁾ Teilweise geschätzt. — ⁵⁾ Dezember.

Quellen: ECE, IMF, OECD, nationale Quellen, Schätzungen der Institute.

Die Lage in Deutschland

Knapp zwei Jahre nach der wirtschaftlichen Vereinigung Deutschlands bewegen sich die westdeutsche und die ostdeutsche Wirtschaft nicht weiter auseinander. Der Transfer von Finanz-, Sach- und Humankapital in die neuen Bundesländer hat zugenommen, und die Integration der Waren- und Dienstleistungsmärkte schreitet fort.

Im Westen ist der einigungsbedingte Boom gegen Mitte letzten Jahres zu Ende gegangen, und die Konjunktur hat sich deutlich abgekühlt. Die Schwächephase hält immer noch an, auch wenn die jüngsten Konjunkturdaten eine gewisse Stabilisierung zu signalisieren scheinen und zu gedämpftem Optimismus Anlaß geben mögen. Eine kumulative Abschwächung ist zwar nicht wahrscheinlich, aber nicht auszuschließen. Entgegen früheren Erwartungen ist die Weltkonjunktur noch nicht angesprungen. Eine Belebung zeichnet sich erst für den späteren Verlauf des Jahres ab, und das Tempo wird mäßig bleiben. Im Inland hat sich der Lohnkostendruck weiter verstärkt, und die Geldpolitik ist — auch als Reaktion darauf — restriktiv geworden. All dies verlängert die konjunkturelle Stockung in Westdeutschland und hemmt die Entfaltung neuer Auftriebskräfte.

In den neuen Bundesländern hat die Umstellung der Wirtschaft weitere Fortschritte gemacht. Der Investitionsstrom von West nach Ost hat sich verbreitert. Trotz der Verbesserung in einzelnen Bereichen, insbesondere der Bauwirtschaft, dem Dienstleistungssektor und der privatisierten Industrie, kann aber noch nicht von einem breit angelegten Aufschwung gesprochen werden. Die regionalen und sektoralen Strukturprobleme sind eklatant, und die Umgestaltung wird immer noch durch viele Hemmnisse gebremst. Bei den meisten der noch nicht privatisierten Unternehmen ist keine Anpassungsdynamik erkennbar.

Nach wie vor klafft in den neuen Bundesländern eine große Lücke zwischen verteiltem Einkommen und eigener Produktion, die nur dank massiver staatlicher Hilfen überbrückt werden kann. Ein endogener Wachstumsprozeß, der diese Lücke verringern könnte, ist bisher nicht erkennbar. Die ostdeutschen Einkommen steigen weiter kräftig, und die nach wie vor fehlende Orientierung an der Produktivität erhöht den Lohnkostendruck, schwächt die Investitionskraft und bremst die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Nur aufgrund der umfangreichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ist die Arbeitslosigkeit nicht weit stärker gestiegen.

Ostdeutschland

Fortschritte im Umstellungsprozeß

In Ostdeutschland war die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal 1992 wohl nur wenig höher als im

Sommer vergangenen Jahres. Zwar sind die Erfolge bei der Umstellung in vielen Zweigen der Wirtschaft unverkennbar; aber ihnen stehen immer noch Stagnation und rückläufige Entwicklungen in nicht wenigen anderen Bereichen gegenüber. Bisher ist es nicht zu der Initialzündung für einen sich selbst tragenden, kräftigen Aufholprozeß auf breiter Front gekommen, den der Staat mit umfangreichen Transfers und Fördermaßnahmen schon auf die kurze Sicht hoffte auslösen zu können. Erheblich vorangekommen ist der Privatisierungsprozeß, also der Verkauf ehemals staatlicher oder volkseigener Betriebe und die Neugründung von Unternehmen. Waren in der damaligen DDR nur wenige Erwerbstätige in privaten Unternehmen beschäftigt, so hat inzwischen eine große Zahl von Menschen einen Arbeitsplatz in solchen Unternehmen. Dies ist für die kurze Zeit, die seit dem Ende des alten Systems vergangen ist, ein beachtlicher Erfolg, und Umfang und Tempo, mit dem sich private Unternehmen in der ostdeutschen Wirtschaft ausbreiten, lassen eine nach und nach raschere Expansion der Produktion erwarten. Vermutlich wird noch im Verlaufe des Jahres 1992 deutlich sichtbar, daß die Wirtschaft in Ostdeutschland die Talsohle hinter sich gelassen hat und auf einen Pfad der Erholung eingeschwenkt ist.

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Lage bis zuletzt verschlechtert. Zwar ging die Zahl der Arbeitslosen gegen Ende des ersten Quartals 1992 leicht zurück, und auch die der Kurzarbeiter sank etwas. Bei dieser Entwicklung hat aber eine Rolle gespielt, daß das wahre Ausmaß an Arbeitslosigkeit durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen überdeckt wurde; unter anderem wurden vermehrt Personen in Bildungsmaßnahmen übergeleitet, und die Zahl der Empfänger von Altersübergangsgeld hat stark zugenommen. Aussagekräftiger für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in Ostdeutschland ist die Änderung der Zahl der Erwerbstätigen. Diese war im Durchschnitt des ersten Quartals 1992 um etwa 450 000 Personen geringer als im Durchschnitt des Vorquartals, verglichen mit einer um etwa 220 000 Personen höheren Arbeitslosenzahl. Damit war etwa ein Drittel weniger Erwerbstätige (nach dem Inlands-konzept) zu verzeichnen als zu Ende des Jahres 1989 (9,9 Mill.). Tatsächlich gibt selbst dieser starke Rückgang den Anpassungsdruck nicht voll wieder, dem die ostdeutsche Wirtschaft ausgesetzt ist. In vielen Fällen werden nämlich Beschäftigungsverhältnisse nur deshalb aufrechterhalten, weil der Staat die dafür erforderlichen Mittel bereitstellt.

Privatisierungsprozeß: Fortschritte und Defizite

Nach der wirtschaftlichen Vereinigung hatten viele Menschen die Chance zur Gründung einer selbständigen Existenz ergriffen, obwohl die damit verbundenen Risiken hoch waren und vielfach die Kenntnisse fehlten, die einen Erfolg als Existenzgründer voraussetzen. Inzwischen hat

sich eine gewisse Normalisierung angebahnt. Die Gründungswelle hat sich abgeflacht, und Mißerfolge sind nicht ausgeblieben.

Der Umfang der Gewerbeanmeldungen hat sich von etwa 25 000 je Monat am Beginn des Jahres 1991 auf gegenwärtig wohl etwa 20 000 je Monat verringert, und zugleich hat sich die Zahl der Gewerbeabmeldungen spürbar erhöht, von ungefähr 6 000 je Monat am Beginn des zurückliegenden Jahres auf jetzt wohl reichlich 10 000 je Monat.

Der Bestand an Gewerben dürfte im ersten Quartal des laufenden Jahres noch um monatlich etwa 1,5 vH zugenommen haben. Es wird geschätzt, daß nur knapp drei Fünftel derjenigen, die ein Gewerbe anmelden, tatsächlich auch als Selbständige aktiv sind. Zusammen mit den schon in der DDR vorhandenen ungefähr 100 000 selbständigen Existenzen dürfte es nun 350 000 bis 400 000 Selbständige geben. In der nächsten Zeit wird die Bedeutung der vorhandenen und noch entstehenden Gewerbe für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in Ostdeutschland beträchtlich zunehmen.

Bei der Privatisierung der Betriebe und sonstiger Vermögen, die der Treuhandanstalt zugeordnet worden sind, sind die Fortschritte im einzelnen sehr unterschiedlich. Die „kleine Privatisierung“ in Bereichen wie Einzelhandel, Restaurants oder Apotheken ist — mit wenigen Ausnahmen — abgeschlossen. Immer noch sehr gering ist das Ausmaß der Privatisierung in der Land- und in der Forstwirtschaft; offenbar bestehen die Bedenken fort, durch eine zügige Privatisierung werde Druck auf die Bodenpreise ausgeübt.

Im sogenannten gewerblichen Bereich sind sowohl die Zentrale der Treuhandanstalt als auch ihre fünfzehn regionalen Niederlassungen mit der Privatisierung befaßt. Die Zentrale wurde für die Privatisierung der Betriebe mit ursprünglich mehr als 1 500 Beschäftigten sowie die Privatisierung in bestimmten Wirtschaftszweigen (u.a. Verkehrswesen, Energie- und Mineralölwirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Hotelketten, Druckereien) zuständig, die regionalen Niederlassungen sollten die kleineren Betriebe in eigener Regie, aber nach gemeinsamen Richtlinien privatisieren. Durch die Aufspaltung größerer Einheiten ist die Zahl der Betriebe, die sich einmal in Treuhandbesitz befanden, fortlaufend erhöht worden. Bis Ende Februar 1992 sind davon reichlich 6 000 privatisiert oder verbindlich für eine Privatisierung vorgesehen worden. Von den verbleibenden rund 5 400 Betrieben gehörten etwa 8 vH der Landwirtschaft an, 7 vH dem Baugewerbe und 17 vH den Dienstleistungen (einschließlich Verkehr). Das Privatisierungstempo hat, gemessen an der Zahl der Privatisierungsfälle, nicht nachgelassen. Gegen Ende des Jahres werden nach Angaben der Treuhandanstalt die ersten regionalen Niederlassungen geschlossen, weil sie ihren Privatisierungsauftrag erledigt haben.

Die Privatisierung durch die Treuhandanstalt ist sehr schwer zu bewerten. Die Privatisierungserlöse von 21 Mrd. DM besagen für sich wenig. Im Zuge ihrer Verkäufe hat die

Treuhandanstalt von den Erwerbern Zusagen bezüglich künftiger Investitionen und der Aufrechterhaltung von Arbeitsplätzen verlangt. Ende Februar 1992 kumulierten sich die Zusagen bei den Investitionen auf 121 Mrd. DM — darunter 30 Mrd. DM an langfristigen Investitionen in der Energiewirtschaft — und bei den Arbeitsplätzen auf rund 1 Mill. Wie schon im Gemeinschaftsgutachten im Herbst 1991 ausgeführt, sind die Investitionszusagen je zu erhaltenden Arbeitsplatz als eher gering anzusehen, zieht man den großen Erneuerungsbedarf in den ostdeutschen Betrieben heran. Allerdings sind diese Zusagen schwer einzuschätzen. Die Investoren werden einerseits versuchen, ihre eigenen Verpflichtungen möglichst gering anzusetzen, und zwar unterhalb des Niveaus an Investitionen oder an Arbeitsplätzen, das sie selbst planen. Andererseits wird die Treuhandanstalt kaum auf der Einhaltung von Verpflichtungen bestehen können, wenn der Erwerber beispielsweise zeigen kann, daß dieses die Gefahr des Konkurses eines Betriebes und damit den Verlust aller Arbeitsplätze zur Folge hätte.

Letztlich zählen als Bewertungsmaßstab für die Tätigkeit der Treuhandanstalt wohl vor allem der Umfang und das Tempo der Privatisierung. Dafür ist die Zahl der Privatisierungen zwar nur ein Indikator, aber an ihm gemessen war die Treuhandanstalt bisher durchaus erfolgreich. Offen ist jedoch, ob die Privatisierungsaktivität im bisherigen Ausmaß aufrechterhalten werden kann. Es spricht einiges dafür, daß die Attraktivität der verbliebenen Betriebe im Treuhandbesitz für Investoren geringer ist, weil die besten Gelegenheiten zuerst ergriffen wurden. Außerdem besagen Schätzungen, daß 80 bis 90 vH dieser Betriebe mit ungeklärten Eigentumsrechten behaftet sind. Andererseits kommt die Klärung solcher Rechte nun anscheinend rascher voran, und der Anteil der Reprivatisierungen hat mittlerweile nahezu 12 vH aller Privatisierungsfälle erreicht. Außerdem verstärkt die Treuhandanstalt ihre Privatisierungsbemühungen in verschiedener Hinsicht. Sie zerlegt die Betriebe in kleinere Einheiten und versucht auch auf diese Weise, die Übernahme durch Betriebsleiter anzuregen. Auf solches Management-buyout entfällt immerhin ein Sechstel aller Privatisierungen. Schließlich ist es der Treuhandanstalt gelungen, das Interesse ausländischer Investoren am Erwerb von Betrieben zu vergrößern. So wurden allein in den Monaten Januar und Februar 1992 zusammen 74 Betriebe von Ausländern erworben, während es im gesamten Jahr 1991 nur 248 Betriebe waren.

Die Zahl der Betriebe der Treuhandanstalt hat beträchtlich abgenommen, und auch ihre Bedeutung für die Beschäftigung ist erheblich zurückgegangen. Hatten am Jahresbeginn 1991 noch 2,9 Mill. Menschen einen Arbeitsplatz in Treuhandbetrieben, so waren es am Jahresbeginn 1992 nur noch 1,4 Mill. Zwar ist nicht bekannt, wieviel Beschäftigte im Zuge der Privatisierung aus Treuhandbetrieben von den Erwerbern übernommen wurden; doch muß ihre Zahl recht groß sein, haben die Investoren doch allein Beschäftigungsgarantien für etwa 1 Mill. Personen übernommen. Dies bedeutet, daß die Beschäftigung in den pri-

vatisierten Betrieben bei fortschreitenden Verkäufen die Beschäftigung in den Treuhandbetrieben allmählich spürbar überschreiten wird. Nach Angaben der Treuhandanstalt soll sich die Beschäftigung in ihren Betrieben am Jahresbeginn 1993 auf noch knapp 0,8 Mill. Personen belaufen. Sie erwartet, daß bis dahin von den ausscheidenden 0,6 Mill. Arbeitskräften ungefähr zwei Drittel in privatisierten Betrieben Beschäftigung finden werden. Dies alles stützt die Überlegung, daß sich in der ostdeutschen Wirtschaft im Gefolge des größer werdenden Gewichtes der privaten Unternehmen und des geringer werdenden der Treuhandbetriebe die Aufwärtstendenzen verstärken werden. Freilich wird es auch dämpfende Einflüsse geben. Bis zum Ende des vergangenen Jahres hat die Treuhandanstalt lediglich 983 Betriebe mit rund 180 000 Arbeitsplätzen stillgelegt. Für das Jahr 1992 insgesamt hält sie die Stilllegung von etwa 1 000 Betrieben aller Größenordnungen für unabwendbar.

Administrative Hemmnisse

Immer noch gibt es zahlreiche administrative Hemmnisse, die den Aufbau der Wirtschaft in Ostdeutschland behindern. Zwar ist der Ausbau der Verwaltungen vorangekommen, und sie funktionieren auch besser. Gravierend sind aber nach wie vor die Engpässe in den Ämtern für offene Vermögensfragen. Sie kommen der Flut der Anträge auf Rückerstattung von Eigentum nicht nach. Gegenwärtig liegen rund 1,2 Mill. Anträge vor, mit denen die Rückgabe von reichlich zwei Mill. Vermögensgegenständen gefordert wird. Von ihnen entfallen etwa drei Viertel auf die Rückgabe von Immobilien. Entschieden worden ist bisher über weniger als 5 vH aller Anträge. Deshalb stehen vielfach Gewerbeflächen nicht zur Verfügung, und Sanierungsvorhaben unterbleiben. Es erscheint dringend angezeigt, über die nun beabsichtigten Aufstockungen hinaus die personelle, aber auch die technische Ausstattung der Ämter zu verbessern.

Beträchtliche Defizite gibt es auch bei der Übertragung von Vermögen, das zur Erfüllung kommunaler Aufgaben erforderlich ist, an Gemeinden, Städte und Kreise. Das Vermögensordnungsgesetz schreibt eine unentgeltliche Übergabe dieses Vermögens auf Antrag vor. Die Entscheidungen darüber liegen bei der Treuhandanstalt oder den örtlichen Oberfinanzdirektionen. Gegenwärtig sind weit über 200 000 Anträge gestellt, von denen nur etwa 7 vH erledigt worden sind. Die Gesamtzahl der Anträge, die gestellt werden dürften, wird auf etwa 500 000 geschätzt. Es liegt auf der Hand, daß die Kommunen infolge des geringen Umfangs der Erledigung ihrer Anträge in schwerwiegender Weise daran gehindert sind, Gewerbegebiete auszuweisen und zu erschließen. Viele Kommunen können deshalb Ansiedlungswünsche privater Investoren nicht nachkommen. Auch hier ist also dringend Abhilfe erforderlich.

Zur Entwicklung in einzelnen Wirtschaftszweigen

Nach wie vor verläuft die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen sehr unterschiedlich. Im verarbeitenden Gewerbe ist, bei seit dem Sommer 1991 insgesamt leicht aufwärtsgerichteter Tendenz, die Entwicklung von Produktion und Auftragseingängen recht unstetig. Vergleichsweise lebhaft hat sich die Produktion in den baunahen Bereichen erhöht, die vom Sog der Nachfrage im Baugewerbe profitieren; dies trifft beispielsweise für die Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden zu, für den Stahl- und den Leichtmetallbau und die Holzverarbeitung. Nach wie vor keine Verbesserung der Lage oder sogar eine Verschlechterung gibt es in einigen der ehemals bedeutsamen Branchen wie der eisenschaffenden Industrie, den Gießereien, der Feinmechanik und dem Textilgewerbe.

Insgesamt gesehen steht das verarbeitende Gewerbe, trotz der leichten Aufwärtsentwicklung, die es auch in einigen baufernen Bereichen wie dem Maschinenbau oder der elektrotechnischen Industrie gegeben hat, noch vor gravierenden Anpassungsaufgaben. Auf die desolote Lage der Treuhandbetriebe, aber auch auf die Illusionen, die sich viele Betriebsleiter wohl machen, haben wir schon im Gutachten vom Herbst 1991 hingewiesen. Um den Zusammenbruch ihrer Betriebe zu verhindern, hat die Treuhandanstalt in beträchtlichem Umfang Bürgschaften für Liquiditätskredite gegeben. Trotz der Privatisierung von Betrieben hat der Umfang dieser Kredite nicht ab-, sondern zugenommen. Das von allen Betrieben der Treuhandanstalt in Anspruch genommene kumulierte Volumen machte im April 1991 etwa 18 Mrd. DM aus, Ende 1991 dagegen 22 Mrd. DM, obschon inzwischen Kredite in Höhe von 5 Mrd. DM wegen Gewährung von Einzelfallkrediten, Liquidation und Privatisierung von Betrieben abgelöst worden waren.

Umfragen lassen erkennen, daß die privatisierten Betriebe die Geschäftslage, die Produktionsentwicklung, den Auftragsbestand oder auch die Exportaussichten durchweg beträchtlich günstiger als die Betriebe der Treuhandanstalt beurteilen. Das überrascht nicht, erwirbt doch der Investor den Betrieb in der Regel, weil er Chancen dafür sieht, ihn auf den Erfolgsweg zu führen. Nach einer Befragung des ifo Instituts vom März 1992 haben 37 vH aller Investoren, die in den zurückliegenden zwei Jahren einen Industriebetrieb von der Treuhandanstalt übernommen haben, den Erwerb als vollen, 22 vH als teilweisen Erfolg bezeichnet; bei 41 vH der Investoren stand das Urteil noch nicht fest. Über Mißerfolge wurde nicht berichtet. Angesichts des großen Sanierungsbedarfs, aber auch der Kürze der seit dem Erwerb verstrichenen Zeit erscheinen die Erfahrungen recht positiv.

In der Bauwirtschaft wirken sich die vielfältigen und umfangreichen staatlichen Programme zur Verbesserung der Infrastruktur, zur Sanierung der Wohnungsbestände und zur Förderung privater Unternehmen aus. Die Umsätze und die Auftragseingänge sind seit dem Frühjahr 1991

Finanztransfers nach Ostdeutschland¹⁾
Mrd. DM

	1991	1992 ²⁾
Finanztransfers an Gebietskörperschaften ³⁾	105,0	118,0
— Fonds Deutsche Einheit	35,0	31,5
— Umschichtung der Strukturhilfe	—	2,5
— Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost	12,0	12,0
— Einigungsbedingte Ausgaben des Bundes (Saldenausgleich ohne Gemeinschaftswerk)	43,5	55,0
— Umsatzsteuerausgleich der Länder	11,0	11,0
— Transfers der Länder	2,0	2,5
— Einigungsbedingte Mindereinnahmen in Westdeutschland ⁴⁾	2,0	3,5
Finanztransfers an Sozialversicherungen	25,5	37,0
— Zuschuß an die Arbeitslosenversicherung	25,5	32,0
— Zuschuß an die Rentenversicherung	—	5,0
Finanztransfers insgesamt	130,5	155,0

1) Angaben gerundet. — 2) Schätzung der beteiligten Institute. — 3) Ohne Zinssubventionen für ERP-Kredite. — 4) Mindereinnahmen in Westdeutschland durch Inanspruchnahme der Zulage für Investitionen in den neuen Bundesländern und durch Gewerbesteuerzerlegung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

deutlich gestiegen. Handel, Verkehr und private Dienstleistungen weisen zusammengenommen ebenfalls seit dem Frühjahr 1991 einen aufwärtsgerichteten Trend auf. Im Handel haben die ostdeutschen Geschäfte einschließlich der Filialen westdeutscher Unternehmen Marktanteile zurückgewonnen.

Staatlicher Mitteleinsatz nochmals erhöht

Mit Beginn der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion hat ein breiter Strom öffentlicher Transfers von West- nach Ostdeutschland eingesetzt. Der Staat finanziert den Aufbau der öffentlichen Verwaltungen, fördert den Ausbau der Infrastruktur, stützt vom Konkurs bedrohte Unternehmen, sichert Exporte ab, gewährt Hilfen für Investitionen, leistet Zahlungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und alimentiert soziale Leistungen. Weil ein nicht unerheblicher Teil dieser Transfers an die Entwicklung des Lohnniveaus in Ostdeutschland gebunden ist, führen die starken Lohnsteigerungen dazu, daß die Zahlungen immer weiter aufgestockt werden. Die westdeutschen Finanztransfers an ostdeutsche Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen dürften im laufenden Jahr rund 155

Mrd. DM betragen und damit um rund 25 Mrd. DM höher als im zurückliegenden sein. Für den Anstieg sind vor allem Mehrausgaben des Bundes von fast 12 Mrd. DM und der erhöhte Zuschußbedarf zum Defizitausgleich bei der Sozialversicherung (12 Mrd. DM) maßgeblich. Für den größten Teil aller Finanztransfers kommen der Bund und die Sozialversicherungen auf. Die westdeutschen Länder und Gemeinden haben dagegen bisher wenig zu den einigungsbedingten Finanzhilfen beigetragen.

Ausweitung des privaten Verbrauchs

Für die Entwicklung der Einkommen in Ostdeutschland waren bisher zum Teil gegenläufige Faktoren bestimmend. Die Stundenlöhne stiegen stark, zugleich nahm die Beschäftigung erheblich ab. Die Sozialleistungen wurden fortlaufend angehoben. In realer Rechnung nahmen die Einkommen jedoch deutlich weniger zu, denn die Preissteigerungen waren, vor allem wegen der Verringerung von Subventionen, deutlich höher als in Westdeutschland. Die realen verfügbaren Einkommen der Haushalte waren im Durchschnitt des Jahres 1991 um fast 12 vH höher als 1990. Dies hat es den Haushalten trotz beginnender Normalisierung der Sparneigung ermöglicht, den privaten Verbrauch lebhaft auszuweiten. Er übertraf das Niveau von 1990 um 5 bis 6 vH.

Für das laufende Jahr ist mit einer geringeren Zunahme zu rechnen. Die tariflichen Löhne steigen zwar wiederum erheblich, mit etwa 20 vH im Jahresverlauf jedoch deutlich langsamer als 1991. Dagegen verringert sich die Zahl der Beschäftigten nur noch vergleichsweise wenig. Die Renten sind zum 1. Januar 1992 erhöht worden, und eine weitere Anhebung zum 1. Juli ist beabsichtigt. Im Durchschnitt des laufenden Jahres dürfte das Rentenniveau in Ostdeutschland um etwa ein Viertel höher als im Vorjahr sein. Alles in allem werden die verfügbaren Einkommen im Jahre 1992 um ein Fünftel über dem Niveau des Vorjahres liegen. Der Anstieg des Preisniveaus wird im Laufe des Jahres 1992 geringer als im Vorjahr sein, auch wenn, wie hier unterstellt, die Mieten erneut erhöht und andere administrierte Preise angehoben werden. Die realen verfügbaren Einkommen der Haushalte werden im Durchschnitt des Jahres um nahezu 10 vH höher als im Vorjahr sein. Aus ihrem Einkommen werden die Haushalte einen deutlich größeren Anteil als 1991 sparen, in dem im ersten Halbjahr die Sparquote sehr niedrig war. Es ist zu erwarten, daß der private Verbrauch um 3 bis 4 vH höher als im Vorjahr sein wird.

Weiter verstärkte Investitionstätigkeit

Die Investitionstätigkeit hat sich schon im vergangenen Jahr beträchtlich verstärkt. Dies gilt für private westdeutsche Unternehmen, die insbesondere Ausrüstungsinvestitionen vorgenommen haben, ebenso wie für den Staat, der

schwerem Gewicht im Baubereich investiert hat. Alles zusammengenommen dürften in Ostdeutschland 1991 — verglichen mit 1990 — die Investitionen der Unternehmen allerdings weit kräftiger expandiert haben als die staatlichen Investitionen. Das lag sicher auch daran, daß wegen der langen Vorlaufzeiten bei der Planung von Infrastrukturprojekten und der Engpässe in der Verwaltung nicht alle Mittel abgeflossen sind, die den neuen Bundesländern zur Verfügung gestellt worden waren. Hier ist nun vieles in Gang gekommen, und außerdem werden den ostdeutschen Ländern und Gemeinden durch die Aufstockung des „Fonds Deutsche Einheit“ weitere Mittel zugeleitet. Die öffentlichen Investitionen werden sich insgesamt in Ostdeutschland im Jahre 1992 auf rund 20 Mrd. DM belaufen, nach 13 Mrd. DM im vergangenen Jahr.

Die Investitionen der Unternehmen werden auch in diesem Jahr kräftig steigen. Wiederum kommen die entscheidenden Impulse aus Westdeutschland. Nach Umfragen und Hochrechnungen des ifo Instituts könnte eine Größenordnung von 45 Mrd. DM erreicht werden. Das wäre — verglichen mit 26 Mrd. DM, die für 1991 ermittelt worden sind — eine beträchtliche Steigerung und keineswegs ein Indiz für die Behauptung, westdeutsche Investoren engagierten sich nur halbherzig in den neuen Bundesländern. Es gibt sogar Anhaltspunkte dafür, daß im vergangenen Jahr die Direktinvestitionen westlicher Unternehmen unterschätzt worden sind.

Sehr gering dürfte weiterhin die Kapitalbildung der ostdeutschen Unternehmen sein. Das ist erklärlich angesichts der desolaten Nachfragesituation und der hohen Verluste, die nach wie vor entstehen. In diesem Jahr dürften die Investitionen der ostdeutschen Unternehmen kaum mehr als 20 Mrd. DM betragen.

Relativ schwach war bisher die Investitionstätigkeit im verarbeitenden Gewerbe. Nur etwa 10 Mrd. DM sind hier im vergangenen Jahr in neue Ausrüstungen und Bauten investiert worden. Auch hierin drückt sich aus, daß der Anpassungsprozeß in vielen Unternehmen der Treuhandanstalt nicht vorankommt. Dafür spricht auch die noch immer hohe Inanspruchnahme von Liquiditätsbürgschaften trotz fortschreitender Privatisierung. In diesem Jahr dürfte sich die Investitionssumme im verarbeitenden Gewerbe mehr als verdoppeln. Aber es werden wiederum überwiegend westliche Unternehmen sein, die neue Produktionsstätten errichten oder neue Produktionsverfahren einführen.

Insgesamt gesehen sind in diesem Jahr in Ostdeutschland private oder öffentliche Investitionen in Höhe von knapp 90 Mrd. DM zu erwarten. Doch selbst dieses große Investitionsengagement genügt noch nicht für einen Anpassungsprozeß, der innerhalb überschaubarer Zeit zur Beschäftigung einer ausreichend großen Zahl von Menschen bei gleichem Marktlohniveau wie im Westen führt. Bei dem derzeitigen Tempo der Lohnanpassung ist auch in Zukunft eine Kapitalbildung der ostdeutschen Unternehmen kaum möglich, und Produktionsverfahren mit geringerem Kapitaleinsatz als im Westen sind nicht lohnend.

Würde der Lohnanpassungsprozeß deutlich gestreckt, wäre die Gefahr von Langzeitarbeitslosigkeit einer großen Gruppe von Menschen weit geringer: Die Angleichung der Lebensverhältnisse aus eigener Kraft könnte sogar früher verwirklicht werden.

Bautätigkeit: Kräftige Expansion

Die starke Ausweitung der öffentlichen und der privaten Investitionen hat sich bereits im Verlaufe des zurückliegenden Jahres in einer deutlichen Zunahme der Produktion niedergeschlagen und auf baunahe Bereiche in der Industrie und im Handwerk ausgestrahlt. Dennoch ist die Zahl der Beschäftigten in der Bauwirtschaft noch bis weit in die zweite Jahreshälfte hinein zurückgegangen, ein Zeichen dafür, wie groß auch hier der Rationalisierungsdruck war. Im Winterhalbjahr ist die Beschäftigung aber gestiegen, und mit der kräftigen Expansion der Bauproduktion, die für das Jahr 1992 zu erwarten ist, wird sie sich erheblich vergrößern.

Im einzelnen ist die Entwicklung in der Bauwirtschaft aber durchaus unterschiedlich. Während die Tätigkeit im öffentlichen Bau im zurückliegenden Jahr bereits das Niveau vom Vorjahr übertraf, setzte eine Ausweitung im gewerblichen Bau erst im Jahresverlauf ein. Ähnlich hat sich im Laufe des Jahres auch die Modernisierung und die Erneuerung des Wohnungsbestands belebt. Angeregt wurde sie durch verschiedene Förderprogramme, u.a. das für Modernisierungsvorhaben vorgesehene Kreditprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau, das ein Volumen in Höhe von 10 Mrd. DM umfaßt. In diesen Bereichen, insbesondere bei den öffentlichen Bauten, ist für 1992 mit einer starken Ausweitung der Produktion zu rechnen. Dagegen wird der Wohnungsneubau im laufenden Jahr allenfalls stagnieren. Das insgesamt noch niedrige Einkommensniveau und die unsicheren Beschäftigungsaussichten wirken hier dämpfend.

Zunehmende Verflechtung mit Westdeutschland

Der Bezug westdeutscher Waren und Dienstleistungen ist im zurückliegenden Jahr nochmals stark ausgeweitet worden, wenn auch mit deutlich nachlassendem Tempo. Die mangelnde preisliche Wettbewerbsfähigkeit vieler ostdeutscher Unternehmen, das Fehlen einer attraktiven Produktpalette, der Umstellungsbedarf der Wirtschaft und der Nachholbedarf der Bevölkerung waren nach wie vor bestimmend. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr von den neuen Bundesländern Waren und Dienste im Wert von 207 Mrd. DM bezogen; davon entfielen rund zwei Drittel auf Waren. Mit dem Ingangkommen des Umstrukturierungsprozesses der Wirtschaft hat sich der Anteil von Investitionsgütern stark erhöht.

Die Warenlieferungen von Ost- nach Westdeutschland nahmen vergleichsweise wenig zu. Dagegen erhöhten sich

die „Dienstleistungsexporte“ aus den neuen in die alten Bundesländer im vergangenen Jahr kräftig; dazu trug nicht zuletzt die Zunahme der Einkommen von Pendlern aus Ostdeutschland um schätzungsweise 9 1/2 Mrd. auf fast 12 Mrd. DM bei. 1991 entfielen mehr als die Hälfte der „Exporte“ von Ost- nach Westdeutschland auf Dienstleistungen.

Im Laufe dieses Jahres dürfte sich der Anstieg des Bezuges von Waren und Dienstleistungen aus Westdeutschland nochmals verlangsamen. Die Struktur wird sich bei den Waren erheblich zugunsten von Investitionsgütern verschieben. Bei den Lieferungen von Waren und Dienstleistungen nach Westdeutschland ist, mit wachsender Verflechtung zwischen alten und neuen Bundesländern, in diesem Jahr eine kräftige Zunahme zu erwarten.

Strukturwandel im Außenhandel

Die Entwicklung des ostdeutschen Warenhandels (Spezialhandel) spiegelt deutlich die Anpassungszwänge der Unternehmen an die Weltmarktbedingungen und den Zusammenbruch der traditionellen Exportmärkte in Osteuropa wider. Die Exporte waren dem Wert nach im Durchschnitt des zurückliegenden Jahres um die Hälfte geringer als 1990, die Lieferungen in die ehemaligen europäischen Staatshandelsländer sogar um 60 vH. Die leichte Zunahme der Exporte im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 1991 dürfte vor allem die Folge der staatlichen Bürgschaften für Lieferungen nach Osteuropa sein.

Der Anteil dieser Länder an der ostdeutschen Ausfuhr betrug im Jahre 1991 etwa zwei Drittel. Es bestehen Zweifel, ob Ausfuhren in diesem Umfang (rund 12 Mrd. DM) gehalten werden können. Für West- und Ostdeutschland zusammen sind 1992 im Handel mit der GUS mittel- und langfristige Hermes-Bürgschaften im Umfang von nur noch 5 Mrd. DM vorgesehen; darüber hinaus besteht die Möglichkeit kurzfristiger Hermes-Absicherung. Für dieses Jahr ist hier nochmals ein deutlicher Rückgang der ostdeutschen Lieferungen nach Osteuropa unterstellt worden; er bleibt im Ausmaß aber erheblich hinter dem des Vorjahres zurück.

Mit dem Ingangkommen der Produktion in den privatisierten und den neu errichteten Unternehmen wird sich der Absatz im westlichen Ausland erhöhen. Der Anstieg der ostdeutschen Exporte in die westlichen Industrieländer dürfte, bei sehr niedrigem Ausgangsniveau, erheblich sein und die nochmaligen Einbußen im Osthandel übertreffen. Insgesamt wird der ostdeutsche Export voraussichtlich um rund 5 vH zunehmen.

Die ostdeutsche Einfuhr hat sich im Winterhalbjahr stabilisiert. Die Bezüge aus den ehemaligen Staatshandelsländern gingen allerdings weiter leicht zurück, da industrielle Erzeugnisse der osteuropäischen Volkswirtschaften kaum mit dem westlichen Angebot konkurrieren können. Hinzu kommt, daß der politische Umbruch auf dem Gebiet der

ehemaligen Sowjetunion derzeit die Aufrechterhaltung von Handelsbeziehungen erschwert. Die Einfuhren aus westlichen Ländern sind dagegen — einhergehend mit dem allmählichen Anlaufen von Produktion und Investition in einigen Bereichen der ostdeutschen Wirtschaft und gestützt durch den Aufbau eines eigenen Großhandels — deutlich gestiegen. Hinzu kommt, daß Investoren aus westlichen Ländern einen Teil der zum Aufbau der Produktionsanlagen erforderlichen Güter direkt aus ihren Heimatländern beziehen. Im laufenden Jahr werden sich die hier angesprochenen Tendenzen fortsetzen. Mit der Ausnahme des Bezuges von Rohstoffen aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, der leicht zunehmen dürfte, werden die Importe aus den osteuropäischen Ländern wohl deutlich sinken, die aus westlichen Ländern erheblich steigen; insgesamt werden die Einfuhren um ein Fünftel höher als 1991 sein.

Arbeitsmarktbilanz für Ostdeutschland
1 000 Personen

	1990	1991	1992 ¹⁾
	Jahresdurchschnitt		
Erwerbstätige im Inland	8 855	7 166	6 125
darunter:			
ABM-Beschäftigte	3	183	400
Kurzarbeiter	758	1 616	475
Frühverrentete	200	540	725
Berufliche Weiterbildung	5	120	250
Arbeitslose	240	913	1 350
Pendlersaldo	68	357	550
Erwerbstätige Inländer	8 923	7 523	6 675
Selbständige u. mithelfende			
Familienangehörige	319	471	550
Abhängig Beschäftigte	8 604	7 052	6 125
	Veränderung gegenüber Vorjahr		
Erwerbstätige im Inland		-1 689	-1 041
Frühverrentete		340	185
Berufliche Weiterbildung		115	130
Arbeitslose		673	437
Übersiedler (Erwerbspersonen)		173	70
Ausländer (Rückwanderung)		40	25
Pendlersaldo		289	193
Erwerbstätige Inländer		-1 400	-848
Selbständige u. mithelfende			
Familienangehörige		152	79
Abhängig Beschäftigte		-1 552	-927

¹⁾ Schätzung der beteiligten Institute.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion — aber noch keine Wende auf dem Arbeitsmarkt

Für den Verlauf des Jahres 1992 zeichnet sich in Ostdeutschland eine nach und nach stärkere Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion ab, zu der in der zweiten Jahreshälfte auch die Industrie deutlich beitragen wird. Im kommenden Jahr wird sich allmählich bemerkbar machen, daß das Gewicht der privatisierten und der neuen Unternehmen in der Industrie größer als das der alten wird und die Produktion in Anlagen anläuft, die gegenwärtig noch in der Planungs- oder der Errichtungsphase und in der Umstrukturierung sind. Wir rechnen mit einem Anstieg des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts um 7 vH in diesem Jahr und mit einer etwa doppelt so großen Rate im kommenden.

Nach wie vor gehen in Ostdeutschland mehr Arbeitsplätze verloren als neue entstehen, und die Zahl der Erwerbstätigen geht zurück. Daran dürfte sich trotz des Anstiegs der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Verlaufe dieses Jahres nur wenig ändern, denn viele Betriebe müssen stillgelegt werden oder die Produktion einschränken. Überall ist der Rationalisierungsdruck groß, und bei dem starken Lohnanstieg setzen die Investoren Produktionsverfahren ein, bei denen vergleichsweise wenige Arbeitskräfte benötigt werden. Vermutlich wird die Arbeitslosigkeit bis in die zweite Jahreshälfte hinein steigen, wenn auch nicht mehr sehr stark. Gegen Jahresende könnte sie mit etwa 1,4 Mill. Personen den Höchststand erreicht haben. Bei den Erwerbstätigen ist mit einem weiteren, wenn auch sehr viel geringer werdenden Rückgang zu rechnen. Erst im Verlaufe des kommenden Jahres wird wohl auch auf dem Arbeitsmarkt die Talsohle durchschritten werden.

Westdeutschland

Deutliche konjunkturelle Abkühlung

Nach dem einigungsbedingten Boom befindet sich die westdeutsche Wirtschaft seit dem Sommer letzten Jahres in einer konjunkturellen Abschwächung. Die Lieferungen in die neuen Bundesländer nahmen von dem erreichten hohen Niveau aus nur noch wenig zu. Die Konjunktur erhielt damit von dieser Seite kaum noch Impulse. Zugleich bremste die Wirtschaftspolitik: Abgaben wurden teils befristet, teils unbefristet erhöht, und die Geldpolitik ging zur Bekämpfung von Inflationserwartungen auf einen recht restriktiven Kurs. Die westdeutsche Konjunktur geriet nun voll in den Sog der seit längerem schwachen Auslandskonjunktur. In der Folge schwächte sich auch die Investitionsneigung deutlich ab. Zu einem gewissen Grad ist die konjunkturelle Abkühlung allerdings auch als Normalisierung nach dem vorangegangenen Boom zu verstehen. Die Kapazitätsauslastung ist seit ihrem Höhepunkt im Herbst

1990 deutlich gesunken; das Auslastungsniveau ist im Durchschnitt der Wirtschaft aber noch befriedigend.

Aus den jüngsten Konjunkturindikatoren ist nicht eindeutig ersichtlich, ob sich der Abschwung weiter fortsetzt oder ob der Wendepunkt schon erreicht ist. Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion im ersten Vierteljahr — das reale Bruttosozialprodukt dürfte den Wert vom Vorquartal saison- und arbeitstäglich bereinigt um rund 1 vH übertroffen haben — ist offenbar auf das Zusammenwirken von Sonderfaktoren zurückzuführen. Im Baugewerbe gab es aufgrund der günstigen Witterung nur halb so viele Ausfalltage wie im langjährigen Durchschnitt, und die Industrieproduktion wurde durch Sonderentwicklungen beim Lageraufbau in einzelnen Bereichen (Mineralölindustrie, Fahrzeugbau) gestützt. Nicht auszuschließen sind auch Vorzieheffekte in Erwartung von Arbeitskämpfen. Die Inlandsaufträge der Industrie sind nach der Jahreswende ebenfalls gestiegen. Dies ist zumindest teilweise eine Reaktion auf den deutlichen Rückgang am Jahresende. Nach den Umfragen des ifo Instituts hat sich das Geschäftsklima in der Wirtschaft weiter verschlechtert.

Während sich die Konjunktur im zweiten Halbjahr 1991 deutlich abkühlte, hat sich der Preisauftrieb verstärkt. Hauptursachen sind die Anhebung von Verbrauchsteuern und administrierten Preisen, eine schlechte Ernte bei saisonabhängigen Nahrungsmitteln und auch der anhaltende Anstieg der Wohnungsmieten. Dagegen gelang es den Produktionsunternehmen aufgrund der schwächeren Konjunktur nicht, die gestiegenen Lohnkosten voll in den Preisen weiterzuwälzen. Seit der Jahreswende hat sich der laufende Preisanstieg allerdings insgesamt nicht mehr beschleunigt. Die in den letzten Monaten höheren Anstiegsraten im Vorjahresvergleich sind lediglich Reflex der niedrigen Bezugsbasis.

1992: Nur schwache konjunkturelle Expansion

Nach dem Wegfall der Sondereinflüsse, die für den Anstieg der Produktion im ersten Quartal maßgeblich waren, dürften die dämpfenden Faktoren zunächst wieder die Entwicklung der Konjunktur bestimmen. Die Weltkonjunktur kommt erst zögernd in Schwung, und das Zinsniveau in Westdeutschland bleibt vorerst hoch. Eine Belebung der Konjunktur ist — wie im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens dargelegt — im Laufe des Jahres in den USA und in Japan zu erwarten, in den Ländern also, in denen das Zinsniveau bereits deutlicher reduziert wurde. Westeuropa dagegen ist zu eng untereinander verflochten, als daß eine durchgreifende Belebung ohne eine nennenswerte Ermäßigung des Zinsniveaus in Deutschland zu erwarten wäre.

Angesichts dieser Risiken ist die derzeit laufende Lohnrunde von großer Bedeutung. Nur wenn es gelingt, ein deutliches Signal für die Bereitschaft aller Beteiligten zu setzen, die Lasten der deutschen Vereinigung ohne infla-

tionäre Verspannungen zu tragen, ist eine rasche Überwindung der konjunkturellen Flaute zu erwarten. In dieser Prognose sind effektive Lohn- und Gehaltserhöhungen von durchschnittlich 6 vH unterstellt worden. Wenn es gelänge, wie jetzt ansatzweise im Bankgewerbe praktiziert und von den Instituten immer wieder empfohlen, davon einen Teil in Form von Einmalzahlungen abzugelten, wäre eine geringere dauerhafte Kostenbelastung vorgezeichnet, und die Gefahr der Überwälzung der gesamten Lohnsteigerung auf die Preise wäre geringer. Gleichwohl wird der Kostendruck zunächst noch groß sein, denn der Produktivitätszuwachs ist trotz nachlassender Arbeitskräftenachfrage der Unternehmen deutlich schwächer als in den vergangenen Jahren.

Erst im zweiten Halbjahr dürfte der Preisauftrieb nachlassen. Hinzu kommen dann Basiseffekte, die ebenfalls zu sinkenden Anstiegsraten im Vorjahresvergleich führen, da sich die Verbrauchsteuererhöhungen von Mitte des vergangenen Jahres nach der Jahresmitte nicht mehr in der Veränderung des Index der Lebenshaltung niederschlagen. Für das zweite Halbjahr sind dann auch Zinssenkungen zu erwarten.

Die konjunkturelle Flaute ist ausgeprägter, als hier noch im Herbst angenommen wurde. Eine grundsätzliche Korrektur des damals vorhergesagten Musters der Entwicklung bedeutet das aber nicht. Auch weiterhin ist ein tiefer Einbruch der Konjunktur nicht zu erwarten. Die Gesamtkonstitution der westdeutschen Volkswirtschaft ist immer noch robust. Strukturelle Fehlentwicklungen, wie sie in den siebziger Jahren in vielen Ländern, in einigen Ländern aber im Zuge des langen Aufschwungs auch in den achtziger Jahren entstanden sind, hat es nur in geringem Maße gegeben.

Es wäre aber fehl am Platz, die Beurteilungskriterien der Vergangenheit schlicht auf die Gegenwart zu übertragen. Die deutsche Vereinigung hat Herausforderungen entstehen lassen, die auch von einer im Kern gesunden Wirtschaft nicht in kurzer Zeit zu bewältigen sind. Zudem hat eine konjunkturelle Flaute, wie sie gegenwärtig in Westdeutschland zu beobachten ist, negative Auswirkungen auf den Anpassungsprozeß in Ostdeutschland. Nur mit Hilfe einer über sehr lange Zeit äußerst kräftigen Investitionstätigkeit in Ost- und in Westdeutschland läßt sich die ökonomische Teilung überwinden. Die Bedingungen für das Investieren in Westdeutschland sind seit geraumer Zeit schlechter geworden. Das Jahr 1992 könnte hier eine Wende bringen.

Annahmen der Prognose

Der Prognose liegen eine Reihe von Annahmen zugrunde, die zumeist Ergebnis prognostischer Überlegungen, in einigen Fällen jedoch lediglich Setzungen sind. Im einzelnen ist angenommen:

- Die Weltkonjunktur löst sich, wie im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens dargelegt, von der Talsohle und expandiert in moderatem Tempo.
- Der Ölpreis verändert sich im Jahresverlauf wenig, die Notierungen anderer Rohstoffe ziehen leicht an.
- Die Nachfrage aus Ostdeutschland steigt im Verlauf dieses Jahres nur noch wenig.
- Die effektiven Lohn- und Gehaltssteigerungen in der diesjährigen Lohnrunde liegen bei etwa 6 vH; die linearen Erhöhungen der Tarife sind niedriger.
- Die Finanzpolitik ergreift noch keine durchgreifenden Maßnahmen zur Konsolidierung der Staatshaushalte; die bisher beschlossenen Maßnahmen werden umgesetzt.
- Die Geldpolitik toleriert eine Ausweitung der Geldmenge M3 am oberen Rand des Zielkorridors von 3,5 vH bis 5,5 vH. Zinssenkungen, die sich am Markt ergeben, werden von der Bundesbank durch Leitzinssenkungen unterstützt.
- Das Zinsniveau auf dem Kapitalmarkt geht im späteren Verlaufe des Jahres im Zuge der weltweiten Zinssenkungstendenz sowie bei abnehmendem Preisauftrieb im Inland zurück. Der reale Außenwert der D-Mark verändert sich nicht nennenswert.

Allmähliche Belebung des Exports

Von der Belebung der Weltkonjunktur wird der westdeutsche Export profitieren. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter hat sich zwar wegen der im internationalen Vergleich relativ hohen Lohnabschlüsse des vergangenen und dieses Jahres leicht verschlechtert, aber die über viele Jahre aufgebaute starke Marktposition der deutschen Exporteure gerade im Bereich der Investitionsgüter ist damit noch nicht erschüttert. Im Laufe des Jahres werden die Ausfuhren nach der Stagnation im Winterhalbjahr ähnlich expandieren wie der Welthandel. Im Jahresdurchschnitt entspricht dem eine Zuwachsrate von 3 ½ vH. Ausschlaggebend für diese Entwicklung sind die konjunkturelle Belebung in den USA und die sich fortsetzende Zunahme der Lieferungen in die Entwicklungsländer. Von Westeuropa gehen in diesem Jahr erst geringe Impulse aus. Osteuropa dürfte, nach einer starken Expansion im vergangenen Jahr, merklich weniger Güter aus Westdeutschland beziehen, wobei die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern sehr groß sein werden.

Stagnierende Investitionen

Die allgemeine Konjunkturschwäche schlägt sich besonders stark in der Nachfrage nach Investitionsgütern nieder. Schon seit Mitte des vergangenen Jahres ist die Investitionsneigung spürbar gedämpft, da sich die Gewinn-

Zins-Relation zunehmend verschlechtert: Die langfristigen Zinsen sind von ihrem hohen Niveau aus nur wenig gesunken, die Rendite des in Sachanlagen gebundenen Kapitals hat sich dagegen bei steigenden Kosten und abflauernder Nachfrage weit stärker vermindert. An dieser Konstellation wird sich zunächst nur wenig ändern. Neue Zuversicht bei den Investoren wird sich jedoch durchsetzen, sobald die Zinsen zu sinken beginnen und sich die Nachfrage, zunächst aus dem Ausland, belebt.

Insgesamt ist für 1992 aber nur mit einer Stagnation der Investitionstätigkeit zu rechnen. Dabei sind die Unterschiede zwischen den Sektoren und Branchen beträchtlich. Innerhalb der Industrie beispielsweise ist die Investitionsneigung im Straßenfahrzeugbau kaum getrübt, während für den Maschinenbau erhebliche Einbußen zu erwarten sind. Zu berücksichtigen ist bei einer Beurteilung der Investitionstätigkeit in Westdeutschland auch, daß sich westdeutsche Unternehmen in erheblichem Ausmaß mit Investitionen, Beteiligungen und Grundstückskäufen in Ostdeutschland engagieren. Trotz der großzügigen Investitionsförderung in den neuen Bundesländern machen diese Anstrengungen die westdeutschen Unternehmen anfälliger gegenüber der Belastung durch ein hohes Zinsniveau, wenn das Absatzwachstum stockt.

Abflachung am Bau

Die Expansion der Bauwirtschaft wird durch die Schwäche der Konjunktur und das hohe Zinsniveau gedämpft. In den einzelnen Bereichen verläuft die Entwicklung aber sehr unterschiedlich.

Die Nachfrage im Wohnungsbau hat sich nach einer kurzen Schwächeperiode zuletzt wieder gekräftigt. Leicht gesunkene Zinsen, die Abschwächung des Preisauflriebs, auch die jüngst beschlossenen wohnungsbaupolitischen Maßnahmen lassen eine gewisse Zunahme der Wohnungsbautätigkeit erwarten. Zudem deutet der hohe Bauüberhang in diese Richtung. Im Jahre 1992 dürften 370 000 bis 400 000 Wohnungen fertiggestellt werden, nach etwa 300 000 im Vorjahr. Die gesamten realen Wohnungsbauinvestitionen werden auch wegen der weiterhin regen Modernisierungs- und Instandsetzungstätigkeit 1992 mit 3 vH nur wenig schwächer als im Vorjahr expandieren.

Der gewerbliche Bau ist durch die verschlechterten Absatz- und Ertragserwartungen der Unternehmen beeinträchtigt. Gemessen an den Auftragseingängen im Wirtschaftsbau deutet sich ein Rückgang der gewerblichen Baunachfrage an. Allerdings dürften die hohen Auftragsbestände 1992 noch zu einer — wenn auch deutlich abgeschwächten — Zunahme der realen Wirtschaftsbauminvestitionen führen (1 bis 2 vH).

Die Bautätigkeit der öffentlichen Hand wird in diesem Jahr weiter zurückgehen. Ausschlaggebend dafür ist, daß der Bund den Investitionen in Ostdeutschland Priorität einräumt, daß Strukturhilfemittel, die der Bund den Ländern

im Westen bislang gezahlt hat, reduziert werden und daß viele Länder und Gemeinden wegen schon bestehender oder erwarteter Haushaltsprobleme Investitionsprojekte zurückstellen. Unter Berücksichtigung des zu erwartenden Anstiegs der Baupreise von rund 6 vH wird die reale Produktion im öffentlichen Bau wahrscheinlich ähnlich kräftig zurückgehen wie im Vorjahr.

Insgesamt werden die realen Bauinvestitionen 1992 mit 1½ vH erheblich schwächer zunehmen als im Vorjahr (4,1 vH). Der Preisaufltrieb wird sich nachfragebedingt abschwächen.

Privater Verbrauch wirkt konjunkturstützend

Der private Verbrauch wird in diesem Jahr die Konjunktur stützen. Bei etwas niedrigeren Lohnabschlüssen und schwächerer Beschäftigungsentwicklung als im vergangenen Jahr werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nicht viel weniger expandieren als 1991. Das liegt vor allem daran, daß einige fiskalische Belastungen entfallen: Bereits zu Jahresbeginn ist der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 6,8 vH auf 6,3 vH gesenkt worden; durch den verbesserten Familienlastenausgleich werden die Budgets der privaten Haushalte beträchtlich entlastet, und ab der Jahresmitte wird der Solidaritätszuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer abgeschafft. Die Transferzahlungen expandieren dagegen etwas langsamer als zuvor. Ausschlaggebend sind dafür die nach dem Übergang zur Nettoanpassung Mitte des Jahres nur schwach steigenden Renten.

Der Anstieg der Realeinkommen wird jedoch von dem noch bis weit in das Jahr hinein starken Preisaufltrieb gedrückt. Insbesondere die Entwicklung der Wohnungsmieten schlägt hier zu Buche. Im Jahresdurchschnitt wird der Preisindex für die Lebenshaltung 1992 um 3¼ vH höher sein als im Vorjahr. Im zweiten Halbjahr verringert sich der Vorjahresabstand nicht zuletzt wegen des Basiseffekts aufgrund der Mitte 1991 erhöhten Verbrauchsteuersätze auf knapp 3½ vH.

Nimmt man alles zusammen, werden die realen verfügbaren Einkommen im gesamten Jahr um etwa 1 vH expandieren. Die Sparquote dürfte sich zunächst nur wenig verändern. Mithin wird der private Verbrauch im ersten Halbjahr kaum zunehmen. Für das zweite Halbjahr ist allerdings mit einer Verringerung der Sparquote zu rechnen, da die Haushalte Käufe von langlebigen Konsumgütern in Erwartung der Mehrwertsteuererhöhung von Anfang 1993 vorziehen werden. Insgesamt wird der private Verbrauch in diesem Jahr um 1 bis 1½ vH zunehmen.

Moderater Produktionsanstieg

Die gesamtwirtschaftliche Produktion in Westdeutschland wird nach dem mit Sondereffekten zu erklärenden An-

Eckdaten der Prognose für Westdeutschland

	1990	1991	1992 ¹⁾	1990	1991	1992 ¹⁾
	Absolute Werte			Veränderung in vH gegenüber Vorjahr		
Bruttosozialprodukt, real ²⁾ (Mrd. DM)	2 138,7	2 205,9	2 228,5	4,5	3,1	1,0
Inlandsnachfrage, real ²⁾ (Mrd. DM)	2 072,0	2 134,8	2 160,0	4,5	3,0	1,0
Gesamtnachfrage, real ^{2),3)} (Mrd. DM)	2 924,6	3 090,5	3 147,5	6,3	5,7	2,0
Erwerbstätige (Inlandskonzept, 1000 Personen)	28 433	29 173	29 400	2,9	2,6	1,0
Arbeitslose (Mill. Personen)	1,883	1,689	1,780	-7,6	-10,3	5,5
Arbeitslosenquote ⁴⁾ (vH)	6,2	5,5	5,8			
Verbraucherpreise ⁵⁾ (1985 = 100)	107,3	111,1	115,3	2,6	3,6	3 3/4

1) Schätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — 2) In Preisen von 1985. — 3) Inlandsnachfrage und Ausfuhr. — 4) Bezogen auf die zivilen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose). — 5) Preisniveau des privaten Verbrauchs.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

stieg zum Jahresbeginn im zweiten Quartal saisonbereinigt leicht zurückgehen. Für den weiteren Verlauf des Jahres ist dann mit einem moderaten Zuwachs zu rechnen. Dieser Anstieg ist vor allem auf die steigende Nachfrage aus dem Ausland und die Ausweitung des privaten Verbrauchs zurückzuführen.

Im Jahresdurchschnitt dürfte das Bruttoinlandsprodukt das Vorjahresergebnis um fast 1½ vH übertreffen. Das Bruttosozialprodukt wächst im gesamten Jahr nur um 1 vH, da ein Teil der Einkommen Pendlern aus Ostdeutschland zufließt.

Auslaufender Beschäftigungsboom

Die Wachstumsschwäche in Westdeutschland wirkt sich jetzt zunehmend auf dem Arbeitsmarkt aus. Die Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften wird im Laufe dieses Jahres deutlich nachlassen. Wegen des Überhangs zum Jahresanfang wird die Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) im Jahresdurchschnitt allerdings noch um nahezu eine Viertelmillion oder knapp 1 vH höher sein, nach einer Zunahme von 740 000 oder 2,6 vH im Vorjahr. Im Jahresverlauf werden jedoch lediglich etwa 50 000 Personen zusätzlich einen neuen Arbeitsplatz finden. Die Zahl der ostdeutschen Arbeitnehmer, die in die westdeutschen Bundesländer oder nach Berlin (West) pendeln, dürfte nur noch wenig steigen und am Jahresende bei einer Größenordnung von etwa 600 000 Personen liegen. Das bedeutet, daß mehr als ein Drittel der seit Ende 1989 in Westdeutsch-

land entstandenen zusätzlichen Arbeitsplätze (ca. 1,6 Mill.) mit Arbeitskräften aus Ostdeutschland besetzt wurde.

Der Zuwachs des Erwerbspersonenpotentials, der im Vorjahr fast 800 000 Personen betragen hatte, wird sich im Jahresdurchschnitt 1992 auf reichlich 500 000 Personen verringern. Der größte Teil des Anstiegs resultiert aus Zuwanderungen aus Ostdeutschland und Osteuropa sowie aus dem innerdeutschen Pendlerstrom. Bei dieser Entwicklung von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage wird sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt leicht erhöhen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit unterzeichnet indes die Nachfrageschwäche am Arbeitsmarkt, da die Zuwanderung aus Ostdeutschland merklich nachlassen wird. Die Arbeitslosenquote wird sich nur geringfügig verändern (5,8 vH der Erwerbspersonen).

Die geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten wird etwa im gleichen Ausmaß zurückgehen wie im vergangenen Jahr. Zwar spielen 1992 tarifliche Arbeitszeitverkürzungen nur eine geringe Rolle, doch dürften weniger Überstunden geleistet werden, und die Zahl der Kurzarbeiter wird zunehmen. Die Produktivität je Erwerbstätigenstunde wird im Jahresdurchschnitt nur um 1 vH höher sein als im Vorjahr; im späteren Verlauf des Jahres wird sie jedoch wieder stärker zunehmen.

Weiterhin hohe Budgetdefizite

Die finanziellen Folgen des Einigungsprozesses prägen nach wie vor die Entwicklung der öffentlichen Haushalte.

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Westdeutschland			Ostdeutschland			Bundesrepublik Deutschland		
	1990	1991	1992 ¹⁾	1990	1991	1992 ¹⁾	1990	1991	1992 ¹⁾
Bruttosozialprodukt ²⁾ (Veränderung in vH gegenüber Vorjahr)	4,5	3,1	1,0	-14,4	-30,3	10,5	2,6	0,2	1,5
Erwerbstätige ³⁾ (1 000 Personen)	28 433	29 173	29 400	8 855	7 166	6 125	37 288	36 339	35 525
Arbeitslose (Mill. Personen)	1,883	1,689	1,780	0,240	0,913	1,35	2,123	2,602	3,15
Arbeitslosenquote ⁴⁾ (in vH)	6,2	5,5	5,8	—	11,3	18,1	—	6,7	8,1
Verbraucherpreise ⁵⁾ (Veränderung in vH gegenüber Vorjahr)	2,6	3,6	3 3/4	0,2	13,6	12,0	2,3	4,7	5,0
Finanzierungssaldo Staat ⁶⁾ (Mrd. DM)	—	—	—	—	—	—	—	-94,4	-102
Leistungsbilanzsaldo ⁷⁾ (Mrd. DM)	—	—	—	—	—	—	79,4	-34,3	-17

¹⁾ Schätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — ²⁾ Westdeutschland in Preisen von 1985, Ostdeutschland und Bundesrepublik Deutschland in Preisen von 1991. — ³⁾ Im Inland. — ⁴⁾ Bezogen auf die zivilen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose). — ⁵⁾ Preisniveau des privaten Verbrauchs. — ⁶⁾ In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. — ⁷⁾ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

Der Anstieg der gesamten Staatsausgaben in den alten und in den neuen Bundesländern zusammen wird daher im laufenden Jahr mit fast 10 vH erneut sehr kräftig sein.

Die Aufwendungen für den Staatsverbrauch dürften trotz fortgesetzter Kürzung der Verteidigungsausgaben um knapp 8 vH ausgeweitet werden. Dazu trägt bei, daß die Lohnabschlüsse im öffentlichen Dienst nochmals recht hoch ausfallen werden; auch der Sachaufwand wird aufgrund der ungebremsten Ausgabendynamik im Gesundheitswesen kräftig steigen.

Die öffentlichen Investitionen werden 1992 nur in den neuen Bundesländern deutlich zunehmen. Nachdem dort die langen Vorlaufzeiten bei der Planung von Infrastrukturprojekten und die Engpässe in der Verwaltung dazu geführt hatten, daß im letzten Jahr nicht alle für Investitionen zu Verfügung gestellten Mittel abgeflossen sind, ist in diesem Jahr mit einer höheren Absorption zu rechnen. Insgesamt dürften sich die öffentlichen Investitionsausgaben in Ostdeutschland auf rund 20 Mrd. DM belaufen (1991: 13 Mrd. DM); sie wären damit je Einwohner gerechnet um rund ein Viertel höher als in den alten Bundesländern. In Westdeutschland wird sich die staatliche Investitionstätigkeit 1992 vor allem wegen des sich verengenden Haushaltspielraums deutlich verlangsamen.

Die Sozialleistungen werden überdurchschnittlich expandieren (11 vH). So müssen von der Bundesanstalt für

Arbeit infolge der hohen und weiter steigenden Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern erheblich mehr Mittel für Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld, für die Qualifizierung Arbeitsloser und für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufgewendet werden. Die Renten in Westdeutschland werden im Jahresdurchschnitt um 4 vH zunehmen (bei einer Erhöhung um 2,7 vH zum 1. Juli 1992, entsprechend der der Nettolöhne im vergangenen Jahr); in den neuen Bundesländern werden die Altersrenten — in Reaktion auf die Lohnentwicklung und infolge der forcierten Annäherung des Rentenrechts an die westdeutschen Regelungen — im Jahresdurchschnitt rund 25 vH höher sein als 1991. Hinzu kommt, daß das Erstkindergeld und für Familien mit niedrigem Einkommen der Kindergeldzuschlag aufgestockt wurden. Ferner zieht in den neuen Bundesländern die Miet- und Mietnebenkostenanhebung zum 1. Oktober letzten Jahres und auch die voraussichtliche weitere Erhöhung im Herbst dieses Jahres einen kräftigen Anstieg der Wohngeldzahlungen nach sich.

Trotz zahlreicher Einsparmaßnahmen werden die Subventionen weiter zunehmen. Die Finanzhilfen für die Landwirtschaft dürften angesichts der Angebotsüberschüsse in vielen Bereichen erneut steigen. Die Kürzungen bei den Finanzhilfen für andere Bereiche, beispielsweise für den Kohlenbergbau, sind bescheiden. In den neuen Bundesländern fallen allerdings wegen der Mieterhöhungen deut-

lich weniger Subventionen für die staatlichen Wohnungsgesellschaften an. Die umfangreichen Subventionszahlungen durch die Treuhandanstalt werden freilich in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) nicht zu den Subventionen gezählt.

Die staatlichen Zinszahlungen werden um nahezu ein Drittel auf rund 100 Mrd. DM steigen. Die Staatsschulden sind im Verlauf des letzten Jahres deutlich gestiegen, und sie werden auch in diesem Jahr weiter kräftig expandieren. Hinzu kommt, daß Verbindlichkeiten in Höhe von rund 70 Mrd. DM, die der Kreditabwicklungsfonds im Zuge der Währungsumstellung übernommen hatte, erstmals — und zwar rückwirkend ab 1.7.1990 — vom Bund zur Hälfte zu bedienen sind.

Das Steueraufkommen wird 1992 trotz abgeschwächter Nachfrageexpansion um 9 vH zunehmen. Dazu trägt insbesondere die Lohnsteuer bei; neben den Lohnerhöhungen wirkt der Progressionseffekt einnahmenerhöhend. Ferner ist die Anhebung der Mineralölsteuer und der Versicherungsteuer zur Jahresmitte 1991 jetzt das ganze Jahr wirksam, und schließlich ist auch die Tabaksteuer zum 1. März 1992 erhöht worden. Insgesamt wird sich das Steueraufkommen — in der Abgrenzung der VGR — auf rund 750 Mrd. DM oder rund 25 vH des gemeinsamen Bruttosozialprodukts belaufen. Davon fallen in Westdeutschland 94 vH und in Ostdeutschland 6 vH an; je Einwohner gerechnet betragen die Steuern in den neuen Bundesländern nur ein Viertel des westdeutschen Niveaus.

Die Bundesbank schüttet mit 14,5 Mrd. DM einen um rund 6 Mrd. DM höheren Gewinn als im Vorjahr an den Bund aus.

Die Sozialbeiträge werden 1992 trotz rückläufiger Beschäftigung erneut kräftig expandieren. Dabei ist unterstellt, daß die Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung etwas steigen. Die gesamten Einnahmen des Staates werden 1992 voraussichtlich um 10 vH zunehmen (1991: knapp 12 vH).

Das Finanzierungsdefizit aller öffentlichen Haushalte (einschließlich des Fonds Deutsche Einheit, des Kreditabwicklungsfonds und der Sozialversicherung, aber ohne Treuhandanstalt) wird in der Abgrenzung der VGR mit rund 100 Mrd. DM bzw. 3 ½ vH des Bruttosozialprodukts etwas höher sein als im Vorjahr (1991: 94 Mrd. DM). Dabei werden sich die Fehlbeträge der Gebietskörperschaften um 10 Mrd. DM auf knapp 100 Mrd. DM verringern, während die Sozialversicherungen — bei steigenden Ausgleichszahlungen des Bundes — erstmals nach sieben Jahren keinen Überschuß mehr aufweisen. In der Abgrenzung der Finanzstatistik wird das Defizit der Gebietskörperschaften rund 125 Mrd. DM (4 ½ vH des Bruttosozialprodukts) betragen.

Infolge der einigungsbedingten Mehrausgaben wird sich die Staatsausgabenquote (bezogen auf das Bruttosozialprodukt) in diesem Jahr um einen Prozentpunkt auf 50 vH erhöhen; im alten Bundesgebiet hatte sie 1989 nach der

Konsolidierungspolitik der achtziger Jahre um 5,5 Prozentpunkte niedriger gelegen.

Zur Wirtschaftspolitik in Deutschland

Die wirtschaftliche Einigung Deutschlands bindet in steigendem Maße finanzielle und reale Ressourcen. Auf lange Zeit erfordert der Neuaufbau des Kapitalstocks in Ostdeutschland einen breiten Strom an privaten und öffentlichen Investitionen. Dieser Prozeß ist in Gang gekommen. Die Leistungsbilanz, die über lange Jahre einen Überschuß aufwies, ist ins Defizit geraten, und es wird nun Kapital importiert. Ein solcher Zustand läßt sich auf die Dauer nur aufrechterhalten, wenn die Mittel weit mehr als bisher in rentable Verwendungen fließen. Hier steht die Wirtschaftspolitik am Scheideweg.

Die Bundesrepublik Deutschland muß zugleich ihrer veränderten Rolle in der Weltwirtschaft gerecht werden. Es ist kaum vorstellbar, daß sie die in sie gesetzten Hoffnungen als Schrittmacher der west- und osteuropäischen Integration erfüllen kann, wenn sie es nicht schafft, die Verteilungsprobleme im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung zu bewältigen. Erforderlich ist es auch, einen erfolgreichen Abschluß der GATT-Verhandlungen durchzusetzen. Zudem dürfen die Bemühungen nicht erlahmen, den Reformländern Osteuropas den freien Zugang zur internationalen Arbeitsteilung zu gewähren und die Märkte für Exportgüter aus diesen Ländern zu öffnen. Die Öffnung der Märkte fällt in der Regel um so leichter, je gefestigter das wirtschaftliche Wachstum ist.

Die deutsche Wirtschaft wird in diesem Jahr nur wenig expandieren. Dabei wird in Westdeutschland die konjunkturelle Flaute im Laufe des Jahres von einem moderaten Wachstum abgelöst werden, und in Ostdeutschland wird sich die Produktion von einem niedrigen Niveau aus langsam erholen. Zwei Jahre nach der Vereinigung wird damit die wirtschaftliche Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands aufwärtsgerichtet sein. Trotzdem wird die Lage noch von den tiefgreifenden Unterschieden der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in den neuen und den alten Bundesländern geprägt sein. Der Austausch von Gütern bleibt trotz gewisser Fortschritte unausgewogen: Die nur sehr langsame Ausweitung des Angebots an konkurrenzfähigen Gütern in Ostdeutschland trägt weiterhin zu einem hohen Defizit im Handel der neuen Bundesländer mit den alten Ländern bei. Der Mangel an rentablen Arbeitsplätzen in Ostdeutschland ist groß. Es fehlt eine stärkere gegenseitige Durchdringung der Gütermärkte, bei der ostdeutsche Unternehmen dank verbesserter Wettbewerbskraft Marktanteile im Westen gewinnen.

Die tiefe Kluft zwischen Produktion und Einkommen in Ostdeutschland wird durch massive Transferzahlungen aus dem Westen überbrückt. Die Transfers entsprechen in diesem Jahr etwa 60 vH des ostdeutschen Sozialprodukts und dürften hoch bleiben. Sowohl die Investitionen als

auch der Konsum in Ostdeutschland werden durch umfangreiche staatliche Hilfen gestützt.

Der Erfolg der wirtschaftlichen Integration in Deutschland hängt maßgeblich davon ab, daß die Entwicklung in den alten Bundesländern einem stabilen Wachstumspfad folgt. Dieser ist nicht gesichert. Eine längere Schwächephase in Westdeutschland würde den Anpassungsprozeß in Ostdeutschland in mehrfacher Weise erschweren:

- Die konjunkturbedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben des Staates würden den Spielraum für Transfers nach Ostdeutschland einschränken.
- Die Aufnahmefähigkeit des westdeutschen Arbeitsmarktes für Arbeitnehmer der neuen Bundesländer würde sinken.
- Die Absatzmöglichkeiten ostdeutscher Unternehmen auf dem westdeutschen Markt würden sich verschlechtern.
- Die Investitionen westdeutscher Unternehmen in Ostdeutschland, insbesondere soweit sie im Hinblick auf Kapazitätserweiterungen getätigt werden, würden geringer ausfallen.

Ein erfolgreiches Voranschreiten der wirtschaftlichen Integration erfordert, daß die Wirtschaftspolitik die Voraussetzungen für eine Stärkung der Wachstumskräfte in beiden Teilen Deutschlands schafft. Die Verteilungskonflikte stehen dem entgegen. Es darf nicht erwartet werden, daß durch die Lohnpolitik angelegte gesamtwirtschaftliche Fehlentwicklungen von anderer Seite kompensiert werden:

- Die Finanzpolitik steht unter starkem Konsolidierungsdruck. Eine Alimentierung überzogener Einkommensansprüche durch eine zusätzliche Ausweitung der Staatsverschuldung würde den Handlungsspielraum des Staates auf mittlere Sicht weiter einengen, die Kapitalmarktbelastung erhöhen und das Vertrauen der Anleger auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung verringern.
- Eine der Preisniveaustabilität verpflichtete Geldpolitik wird dem aus Verteilungskämpfen resultierenden Inflationsdruck nicht nachgeben. Bleibt die monetäre Expansion auf Kurs, so wirkt dem aus überhöhten Einkommensansprüchen genährten Preisauftrieb die Restriktion steigender Zinsen entgegen; Produktionsmöglichkeiten werden nicht ausgeschöpft, und die Beschäftigung ist geringer.
- Es sollte auch nicht darauf gesetzt werden, daß die dämpfenden Effekte einer Kollision zwischen Lohn-, Geld- und Finanzpolitik durch die Impulse einer sich wiederbelebenden Weltkonjunktur rasch überspielt werden können. Dagegen spricht schon, daß über den Zins- und Wechselkursverbund hohe Zinsen in Deutschland auch auf die westeuropäische Konjunktur ausstrahlen. Die Zinssenkungsspielräume in den westeuropäischen Handelspartnerländern hängen in

hohem Maße von der Zinsentwicklung in Deutschland ab.

In der gegenwärtig labilen gesamtwirtschaftlichen Lage müssen die wirtschaftspolitischen Akzente so gesetzt werden, daß die Investitionsbereitschaft nachhaltig gestärkt wird. Das unmittelbar nach der Vereinigung von ad hoc-Entscheidungen geprägte Verhalten der wirtschaftspolitischen Akteure muß nun einer mittelfristigen, die Erwartungen aller Beteiligten stabilisierenden Ausrichtung weichen.

Lohnpolitik in Ost und West

Die Lohnpolitik in Deutschland leistet gegenwärtig nicht den von ihr zu erwartenden Beitrag zur Bewältigung der wirtschaftlichen Herausforderungen, die im Zuge der Vereinigung Deutschlands entstanden sind. In Ostdeutschland steigen die Löhne unabhängig von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechend den einmal festgelegten Stufenregelungen. In Westdeutschland werden auch in diesem Jahr die Lohnabschlüsse allem Anschein nach deutlich höher liegen, als es der gesamtwirtschaftlichen Situation angemessen ist.

Die Begründung der Lohnforderungen in Westdeutschland mit einer notwendigen Korrektur der Verteilung, dem Preisanstieg und einer zunehmenden Steuer- und Abgabenbelastung ist — wie die Institute mehrfach dargelegt haben — nicht stichhaltig:

- Spielraum für die Deckung eines Nachholbedarfs bei den Löhnen gibt es nicht, denn der kräftige Anstieg der Gewinne hat die Ausweitung der Investitionen ermöglicht, die Voraussetzung für das Entstehen der zahlreichen Arbeitsplätze in den zurückliegenden Jahren war. Diese Gewinne stehen für eine Verteilung nicht mehr zur Verfügung.
- Die konjunkturelle Entwicklung hat sich schon seit Mitte des vergangenen Jahres merklich abgekühlt. Der Verteilungsspielraum wird durch einen erheblich verringerten Anstieg der Produktivität begrenzt, was wiederum auch Reflex einer bis zuletzt deutlichen Ausweitung der Zahl der Arbeitsplätze durch die Unternehmen ist. Lohnverhandlungen, in denen dies nicht berücksichtigt wird, verstärken in einer labilen Konjunkturphase den Druck auf die Unternehmen zur Freisetzung von Arbeitskräften. Die Verteilung ließe sich nur um den Preis steigender Arbeitslosigkeit korrigieren.
- Bei dem Versuch, über Lohnanhebungen die Kaufkraft der Arbeitnehmereinkommen zu sichern oder zu erhöhen, wird übersehen, daß in den Tarifverhandlungen die Nominallöhne, nicht jedoch die Reallöhne festgelegt werden. Lohnstückkostensteigerungen, die von den Unternehmen in den Preisen weitergegeben werden können, verbessern die Situation der Arbeitnehmer nicht. Sie verstärken aber den Restriktionsdruck der Geldpolitik und verschlechtern im Wechsel-

kursverbund die Wettbewerbssituation der deutschen Wirtschaft. Steigen die Preise nicht, steht dem positiven Kaufkrafteffekt für die beschäftigten Arbeitnehmer, der sich freilich nur zum Teil im Inland niederschlägt, der Effekt geringerer Stückgewinne entgegen. Selbst wenn dies gegenwärtig keine Inflationsgefahr bedeutet, so ist doch damit zu rechnen, daß die Unternehmen, sobald die Konjunktur sich verbessert, die höheren Kosten in den Preisen weitergeben. Der Reallohnanstieg wäre also nur von kurzer Dauer. Gesamtwirtschaftlich besser ist dagegen ein niedriger Anstieg der Nominallöhne. Die Preise würden dann weniger stark steigen, so daß sich die Reallöhne genauso stark erhöhen könnten wie bei wesentlich höheren Nominallöhnen. Der entscheidende Vorteil wäre aber, daß die Zinsen in Deutschland und Europa sinken könnten und sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbesserte.

- Steuer- oder Abgabenerhöhungen des Staates rechtfertigen keinen Aufschlag in den Tariflöhnen. Die vom Staat gewollte Umlenkung von Ressourcen vom privaten in den öffentlichen Sektor kann nicht einseitig den Unternehmen aufgebürdet werden, ohne daß die Investitionstätigkeit tangiert wird. In der gegenwärtigen Situation ist außerdem zu beachten, daß über die Koppelung der ostdeutschen Löhne an die westdeutschen bei steigendem Lohnniveau in Westdeutschland auch die Transferzahlungen in die neuen Bundesländer expandieren. Die damit — bei Beibehaltung der gegenwärtigen Finanzierungspraxis — verbundenen Mehrbelastungen durch steigende Steuern oder Sozialabgaben dürfen nicht wiederum zum Gegenstand höherer Lohnforderungen der westdeutschen Arbeitnehmer gemacht werden.

In Westdeutschland muß die Lohnpolitik ein klares Signal in Richtung moderater Lohnabschlüsse setzen. Es wäre fatal, wenn erst zunehmende Arbeitslosigkeit diesen Kurswechsel erzwingen würde. Es erweist sich in den laufenden Verhandlungen offenbar als ein großes Hindernis, daß den Lohnforderungen eine falsche Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Situation zugrunde lag und damit hohe Erwartungen der Arbeitnehmer geweckt wurden. Es wäre unter diesen Bedingungen schon viel erreicht, wenn die Lohnsteigerungen deutlich unter den in dieser Prognose unterstellten blieben. Die Institute haben in der Vergangenheit mehrfach in solch schwierigen Situationen den Weg der Einmalzahlungen als Ergänzung linearer Tarifloohnerhöhungen empfohlen. Das ist auch jetzt in Betracht zu ziehen, weil dadurch das künftige Tariflohniveau weniger vorbelastet ist.

In Ostdeutschland erweist sich der in vielen Branchen bereits zu Beginn der Währungsunion festgeschriebene Weg der Lohnanpassung an das westdeutsche Niveau mehr und mehr als schwere Hypothek für den Aufbau-prozeß. Das rasante Tempo des Lohnanstiegs läßt gegenwärtig selbst große Produktivitätssprünge, die durch mas-

sive Freisetzung von Arbeitskräften herbeigeführt werden, nicht als Kostenentlastung der Unternehmen wirksam werden. Ostdeutsche Unternehmen können daher in absehbarer Zeit nicht in einer Weise zum Aufbau des Kapitalstocks beitragen, wie es gerade angesichts der raschen Lohnangleichung notwendig wäre. Der Anpassungsprozeß der ostdeutschen Wirtschaft wird durch die forcierte Lohnpolitik unnötig verlängert und verschärft, die Beschäftigungschancen sinken. Der Graben zwischen denen, die Arbeit haben, und denen, die arbeitslos sind, verbreitert sich. Eine Politik des sozialen Ausgleichs müßte dagegen darauf bedacht sein, möglichst vielen Menschen Einkommenschancen durch eigene Arbeit zu bieten.

Nach wie vor steht die Begründung für das eingeschlagene Tempo der Lohnangleichung an den Westen auf tönernen Füßen. Die Institute haben mehrfach darauf hingewiesen, daß der Abwanderungsdruck um so geringer ist, je besser die Beschäftigungsperspektiven in Ostdeutschland sind. Sie aber werden durch hohe Lohnsteigerungen eingetrübt. Wenig überzeugend ist auch das Argument, daß viele ostdeutsche Unternehmen unabhängig von dem eingeschlagenen Pfad der Lohnentwicklung — z.B. mangels einer marktfähigen Produktpalette oder eines sachkundigen Managements — ohnehin nicht wettbewerbsfähig seien. Dabei wird übersehen, daß höhere Kosten gerade in diesen Unternehmen den finanziellen Spielraum für erfolgreiche, arbeitsplatzzerhaltende Sanierungsstrategien einengen. Gerade wenn, wie es in diesem Gutachten empfohlen wird, die sanierungsfähigen Unternehmen größere Chancen — auch zur Privatisierung — erhalten sollen, ist eine lohnpolitische Zurückhaltung unumgänglich.

Der bislang eingeschlagene Weg der Lohnpolitik in Ostdeutschland sollte nicht als unumkehrbar hingenommen werden. Eine Überprüfung der Tarifverträge, die vielfach Revisionsklauseln enthalten, erscheint weiterhin angebracht. Es muß verwundern, daß die bestehenden Tarifverträge zumeist als unabänderlich angesehen werden. Schon die Basis dieser Verträge war äußerst fragwürdig. Zum Zeitpunkt der Tarifabschlüsse konnten weder die betroffenen Unternehmen noch die Arbeitnehmer ihre Interessen in einem angemessenen Rahmen, wie er die eingespielten westdeutschen Tarifrunden kennzeichnet, zum Ausdruck bringen. Die ostdeutschen Unternehmen unterschätzten entweder den Konkurrenzdruck aus dem Westen oder waren gar nicht in den Verhandlungen vertreten, während die Arbeitnehmer den unmittelbaren Konflikt zwischen hohen Löhnen und Arbeitsplatzsicherheit in einer offenen Marktwirtschaft nicht kannten. Hier müßten inzwischen beide Seiten hinzugelernt haben. Daher sollten die Anpassungszeiträume für die Löhne den Entwicklungsperspektiven der ostdeutschen Wirtschaft angepaßt werden.

Die Lohnpolitik in Ostdeutschland bleibt also aufgefordert, ihren Beitrag für den Aufholprozeß zu leisten. Die Überwälzung dieser Verantwortung auf den Staat läßt sich auf Dauer nicht durchhalten. Soweit öffentliche Gelder zu einer Subventionierung des Konsums verwendet werden,

fallen staatliche Hilfen zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen in den neuen Bundesländern aus.

Eine Wende in der Lohnpolitik bedeutet nicht, daß sich das Lohnniveau in Ostdeutschland dem in den alten Bundesländern nicht weiter annähern kann. Es geht lediglich darum, das Tempo der Einkommensanpassung so zu dosieren, daß der Abbau des Einkommensgefälles zwischen beiden Regionen nicht durch eine weitere Zunahme des Beschäftigungsgefälles erkaufte wird. Läßt man der notwendigen Lohndifferenzierung dabei genügend Raum, so kann auf Betätigungsfeldern, auf denen eine Knappheit an Arbeitskräften in Ostdeutschland sichtbar wird, die Anpassung wesentlich rascher erfolgen. Dies wirkt einer Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte entgegen.

Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland

Der dramatische Einbruch der Beschäftigung in Ostdeutschland hat zum Einsatz einer Vielzahl arbeitsmarktpolitischer Instrumente geführt. Ihre Funktion ist es, soziale Härten zu mildern, Qualifikationen zu erhalten oder zu verbessern und ein Abgleiten von Arbeitslosen in die Dauerarbeitslosigkeit zu vermeiden. Angesichts des massiven Problemdrucks bleibt die Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland gefordert. Nicht nur in Anbetracht der knappen öffentlichen Mittel müssen die arbeitsmarktpolitischen Instrumente aber so eingesetzt werden, daß die Entwicklung der privaten Unternehmen nicht behindert wird.

Problematisch ist beispielsweise die angestrebte flächendeckende Gründung sogenannter ABS-Gesellschaften („Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung“), bei denen es sich vorwiegend um ein Auffangbecken für Arbeitslose handelt. Es besteht die Gefahr, daß diese Beschäftigungsgesellschaften zur Bildung eines zweiten Arbeitsmarktes führen, der mit privaten Unternehmen sowohl beim Güterangebot als auch bei der Arbeitsnachfrage in Konkurrenz tritt. Um solchen Verdrängungseffekten entgegenzuwirken und den Anreiz zum Wechsel in privatwirtschaftliche Beschäftigungsverhältnisse aufrechtzuerhalten, sind eine Reihe von Voraussetzungen zu schaffen:

- Staatliche Aufträge sollten nur dann an ABS-Gesellschaften vergeben werden, wenn sichergestellt ist, daß diese Aufträge nicht von privaten Anbietern zu marktüblichen Konditionen ausgeführt werden können. Dies erfordert zuvor die öffentliche Ausschreibung. Angesichts der Schwierigkeit, ABS-Gesellschaften adäquate Aufgaben zuzuweisen und zu finanzieren, muß die nach dem Arbeitsförderungsgesetz vorgesehene Einschränkung der „Zusätzlichkeit“ und des „öffentlichen Interesses“ bezüglich der erstellten Leistungen eng interpretiert werden.
- Soll die Gründung von ABS-Gesellschaften nicht auf eine Zementierung überkommener Strukturen hinauslaufen, müssen zum einen diese arbeitsmarktpoliti-

schen Maßnahmen befristet werden, zum anderen sollten ABS-Gesellschaften auf regionale Brennpunkte konzentriert werden, in denen die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch ist.

- Um die Mobilität der in ABS-Gesellschaften beschäftigten Arbeitnehmer zu erhalten, sollten die dort gezahlten Löhne zwar höher als das Arbeitslosengeld sein, sie müssen aber unter denen in einem vergleichbaren privatwirtschaftlichen Arbeitsverhältnis bleiben. Eine solche Differenzierung ist vor allem deshalb notwendig, um die Opportunitätskosten des Wechsels in ein reguläres Arbeitsverhältnis nicht zu einem Mobilitätshemmnis werden zu lassen. Eine „marktmäßige“ Entlohnung von in ABS-Gesellschaften beschäftigten Arbeitnehmern wäre auch sozial nicht ausgewogen. Nur eine Minderheit von Arbeitnehmern, die ihren angestammten Arbeitsplatz verlieren, kann in solchen Beschäftigungsgesellschaften aufgefangen werden.

Finanzpolitik

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte wird nach wie vor stark von den Kosten der Einheit geprägt. Die Defizite haben weiter zugenommen. Es stellt sich die Frage, wie lange dies durchzuhalten ist. Bei der Finanzierung des Einigungsprozesses werden immer wieder neue Risiken sichtbar. Das Staatsdefizit ist zum Großteil Reflex der noch nicht gelösten ökonomischen und sozialen Anpassungsprobleme in den neuen Bundesländern. Um deutliche Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung erzielen zu können, ist es notwendig, bei den Ursachen anzusetzen, also insbesondere das Auseinanderlaufen von Einkommen und Produktion in den neuen Bundesländern zu stoppen. Hierzu müssen alle Politikbereiche einen Beitrag leisten. Daher dürfen die öffentlichen Haushalte im Westen — insbesondere die von Ländern und Gemeinden — nicht so weitergefahren werden, als gäbe es die Vereinigung nicht.

Das Staatsdefizit ist im letzten Jahr zwar etwas geringer ausgefallen, als ursprünglich erwartet worden war, doch stellt sich die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte im laufenden Jahr erneut als sehr schwierig dar. Das Defizit des Gesamtstaates wird sich weiter erhöhen, und auch für das kommende Jahr zeichnet sich für den gesamten Staatssektor noch kein Schritt in Richtung Haushaltskonsolidierung ab. Bei der Sozialversicherung verschlechtert sich die Finanzierungssituation im laufenden Jahr deutlich. Dies rührt daher, daß die sozialen Kosten der Einheit nach dem Zusammenschluß der Versicherungssysteme in hohem Maße bei der Sozialversicherung anfallen. Eine weitere Erhöhung der Sozialabgaben und damit auch der Lohnnebenkosten ist also programmiert. Die Gebietskörperschaften müssen bei Auflösung der verschiedenen Nebenhaushalte (Treuhandanstalt, Kreditabwicklungsfonds, staatliche Wohnungsgesellschaften der alten DDR) in den

kommenden Jahren die aufgelaufenen Altschulden und die Neuschulden sowie die Zinsen voll übernehmen. Außerdem steigen nach dem Auslaufen des Fonds Deutsche Einheit spätestens ab 1995 durch die Einbeziehung der neuen Bundesländer in den Länderfinanzausgleich die Belastungen für die alten Bundesländer. Ferner wird der Bundeshaushalt in den kommenden Jahren vor allem durch höhere Zahlungen an die EG und weitere Hilfen an die osteuropäischen Staaten, insbesondere die der GUS, zusätzlich belastet.

Permanente Unsicherheiten über das Ausmaß der öffentlichen Finanzprobleme und ihre Verkräftbarkeit könnten zu Vertrauensverlusten führen. Am Kapitalmarkt wäre dies mit einem entsprechenden Risikozuschlag auf die Zinssätze zu bezahlen. Zudem besteht die Gefahr, daß notwendige Infrastrukturmaßnahmen unterbleiben, bei denen eine Kreditfinanzierung zu rechtfertigen wäre, während gleichzeitig Staatskredite in hohem Maße zur Finanzierung von staatlichen und privaten Verbrauchsausgaben eingesetzt werden.

Die Steuer- und Abgabenquote wird 1992 auf rund 43 vH steigen, und auch in mittlerer Frist ist infolge der sich abzeichnenden Steigerung der Beitragssätze zur Kranken- und Rentenversicherung mit einer weiteren Zunahme zu rechnen. Die Abgabenbelastung wäre damit höher als der Anfang der achtziger Jahre erreichte Stand; diese wurde seitdem bis 1990 bei verlangsamtem Ausgabenanstieg durch die dreistufige Steuersenkung verringert. Eine über das heutige Niveau deutlich hinausgehende Erhöhung der Steuer- und Abgabenbelastung würde die Wachstumschancen zunehmend belasten und damit auch die Finanzierung der Einheit erschweren. Die notwendige Senkung des Defizits sollte daher über Ausgabenbegrenzungen erfolgen.

Es erscheint dringend erforderlich, zum einen der Öffentlichkeit mehr Klarheit über das gesamte Ausmaß der staatlichen Finanzierungsprobleme und ihre Ursachen zu verschaffen — das Bundesministerium der Finanzen hat hierzu in jüngster Zeit wichtige Informationen gegeben —, zum anderen das Vertrauen in einen strikten Konsolidierungskurs zu stärken. Sonst verliert die Finanzpolitik an Glaubwürdigkeit.

Im einzelnen wird folgender Weg zur Haushaltskonsolidierung vorgeschlagen:

- Aufstellung einer gesamtstaatlichen Finanzierungsübersicht unter Einbeziehung aller Nebenhaushalte. Dies würde den staatlichen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit stärker bewußt machen, wie eng in den kommenden Jahren die Grenzen für zusätzliche Anforderungen an die öffentlichen Haushalte sind. Bei mehr Klarheit über das Ausmaß der Finanzierungsprobleme ist es leichter, Verständnis für Sparmaßnahmen zu wecken und unberechtigte Ängste abzubauen.
- Verbindliche Erklärungen des Bundes und der westdeutschen Länder, die Gesamtausgaben ab 1993 (Be-

zugsbasis Haushaltsplan 1992) jährlich um nicht mehr als 4 vH auszuweiten, und zwar bis zum Ende der neuen mittelfristigen Finanzplanung, also bis 1996. Anschließend sollte über eine Verlängerung dieser Ausgabenobergrenze im Lichte der bis dahin erreichten Konsolidierung neu befunden werden. Die westdeutschen Länder sollten ferner darauf hinwirken, daß dieser Ausgabenrahmen auch bei ihren Gemeinden eingehalten wird.

Derartige Ausgabensteigerungen erscheinen auf den ersten Blick nicht allzu restriktiv zu sein. Da aber die Zinsausgaben überproportional steigen, bedeutet dies für die kommenden Jahre ein reales Einfrieren der übrigen staatlichen Ausgaben im Westen auf dem derzeitigen Stand. Bei diesem Ausgabenrahmen in Westdeutschland würde selbst unter Berücksichtigung stärkerer Ausgabenzuwächse bei den ostdeutschen Ländern und Gemeinden die staatliche Defizitquote in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bis Mitte der neunziger Jahre auf 2 bis 2 ½ vH des Bruttosozialprodukts sinken. Dahinter steht die Vorstellung einer mittelfristigen Erhöhung des nominalen Bruttosozialprodukts um durchschnittlich etwa 6 vH. Es dürfte den westdeutschen Gebietskörperschaften nicht allzu schwer fallen, dieser Obergrenze von 4 vH zuzustimmen, denn ihre mittelfristig anvisierten Ausgabensteigerungen liegen im Durchschnitt nicht über dieser Rate.

Während aber die mittelfristige Finanzplanung unverbindlich ist, kann in der aktuellen Situation nur eine strenge Selbstbindung der öffentlichen Haushalte auf diesen Ausgabenrahmen das Vertrauen in den Konsolidierungskurs stärken. Der Druck zur Einhaltung des Ausgabenrahmens und damit die Glaubwürdigkeit des Konsolidierungskurses würden erhöht, wenn die öffentlichen Haushalte einen Sanktionsmechanismus akzeptierten. So könnten sie sich bei Verletzung dieser Ausgabenobergrenze verpflichten, einen Betrag in Höhe der überschießenden Ausgaben zinslos in eine Haushaltskonsolidierungsrücklage bei der Bundesbank einzuzahlen, mit der im Jahre darauf Schulden zu tilgen wären. Dies würde ihre Ausgabenfinanzierung verteuern und sie zu mehr Sparsamkeit anhalten.

Die Haushaltskonsolidierung darf nicht zu Lasten der für den Aufbau der Infrastruktur und der Verwaltung notwendigen Transfers in die neuen Bundesländer gehen. Eine schnellere Neuordnung des Länderfinanzausgleichs ist daher erforderlich. Damit würde sich die Planungssicherheit im Osten wie im Westen erhöhen.

Die Haushaltskonsolidierung sollte auch nicht zu Lasten notwendiger Infrastrukturinvestitionen im Westen gehen. Sie sollte daher mit neuen Anstrengungen zu Ausgabenumschichtungen und Subventionskürzungen verbunden werden, wie dies auch in früheren Gutachten der Forschungsinstitute immer wieder empfohlen wurde.

Die von der Bundesregierung in den kommenden Jahren vorgesehenen Entlastungen bei den direkten Steuern (die

Erhöhung des Kinderfreibetrages und eine Erhöhung des Grundfreibetrags sowie eine Unternehmensteuerreform) müssen angesichts der Finanzierungsprobleme aufkommensneutral finanziert werden.

Zur Investitionsförderung in Ostdeutschland

Mit der Aufgabe des Zentralplansystems, dem Übergang zur Marktwirtschaft und der Öffnung zum Weltmarkt ist die ostdeutsche Wirtschaft einem schlagartigen Zusammenbruch der Nachfrage ausgesetzt worden. Ein vergleichbarer Rückgang der Nachfrage hätte auch in jeder anderen Region Westeuropas einen tiefen Einbruch der Wirtschaft und der Beschäftigung verursacht. Die ostdeutschen Unternehmen haben auf absehbare Zeit kaum die Fähigkeit zu eigener Kapitalbildung, die zum Neuaufbau der Wirtschaft erforderlich wäre. Unter diesen Umständen ist es angezeigt, daß der Staat Hilfen zum Aufbau gewährt und westliche Unternehmen zu Investitionen in Ostdeutschland anreizt. Schon bei wesentlich weniger gravierenden strukturellen Anpassungskrisen haben die Mitgliedsländer der EG staatliche Hilfen für die davon betroffenen Regionen geleistet.

Die bisherige hohe Investitionstätigkeit in den neuen Bundesländern wäre ohne die massive staatliche Förderung sicherlich nicht zustande gekommen. Dennoch stellt sich die Frage nach der Effizienz der Förderinstrumente. Schon die Vielfalt der Fördermaßnahmen ist für den einzelnen Investor unübersichtlich und verwirrend. Da viele Fördertöpfe volumenmäßig begrenzt sind, wird zur Verteilung der Fördermittel das sogenannte „Windhundverfahren“ eingesetzt. Häufig kommen dabei aber kleine und mittlere Investoren zu kurz, weil große Investoren, die auch über bessere Informationen hinsichtlich der Fördermöglichkeiten verfügen, die Töpfe geleert haben. Dies gilt sowohl im privaten wie auch im kommunalen Bereich. Bei der allgemeinen Investitionsförderung in Form der Investitionszulagen bzw. bei den Kommunen in Form der Investitionszuschüsse besteht dieses Problem nicht. Diese Art der Förderung ist aber eng befristet. So wird die Investitionszulage nicht mehr für Investitionen gewährt, die 1993 begonnen werden. Da ein so früher Wegfall dieses wichtigsten Förderinstrumentes den Investitionsprozeß in den neuen Bundesländern beeinträchtigen würde, ist eine Verlängerung angezeigt. Gleichzeitig sollte aber die gesamte Förderung gestrafft werden.

Privatisierung und Sanierung in Ostdeutschland

Der gesetzliche Doppelauftrag der Treuhandanstalt, einerseits so viele Betriebe wie möglich zu privatisieren, andererseits aber Betriebe zu sanieren, war von Anfang an nicht zu erfüllen. Eine echte Sanierung einer so großen Zahl von Unternehmen durch eine zentrale staatliche Instanz ist — auch innerhalb mehrerer Jahre — nicht zu ver-

wirklichen. Eine Sanierung gibt es nur dann, wenn es gelingt, Interessen am Überleben eines Betriebes zu aktivieren. Der beste Weg, dies zu erreichen, ist zweifellos die Privatisierung. Nun ist zwar das Privatisierungstempo hoch; über 6 000 Betriebe sind inzwischen ganz oder teilweise in privater Hand, dennoch verbleibt auf absehbare Zeit eine große Gruppe von Unternehmen (derzeit etwa 5 000) und eine erhebliche Zahl von Beschäftigten (derzeit etwa 1 Million) in solchen Betrieben, die noch nicht privatisiert sind, aber zu einem großen Teil von der Treuhandanstalt als privatisierungsfähig angesehen werden.

Das Dilemma der Treuhandanstalt liegt darin, daß sie bei den nicht-privatisierten Unternehmen nur auf Zeitgewinn setzt, sie also lebensfähig hält, um sie danach zu privatisieren. Dies selbst aber verbraucht kostbare Zeit, in der sich die Marktstellung sanierungsfähiger Betriebe unter Umständen so stark verschlechtert, daß sie schließlich stillgelegt werden müssen. Häufig zu hören ist beispielsweise die Klage im Maschinenbau, daß Kunden von einem Unternehmen künftige Serviceleistungen erwarten. Die Betriebe der Treuhandanstalt können diese jedoch nicht garantieren, weil über ihre Zukunft noch nicht entschieden ist.

Die als sanierungsfähig eingestuften Betriebe der Treuhandanstalt müssen von Zeit zu Zeit aktualisierte Sanierungspläne vorlegen, um Bürgschaften zu erhalten. Es besteht die Gefahr, daß die Betriebe nur die notwendigsten Schritte im Anpassungsprozeß tun, nicht aber das, was unter Marktbedingungen erforderlich wäre. Dies zeigt sich etwa daran, daß im vergangenen Jahr in vielen Branchen nur so viele Arbeitskräfte freigesetzt wurden, wie nötig waren, um das Lohnkostenniveau gerade zu halten. Die Marktverhältnisse hätten ein drastisches Sinken des Kostenniveaus verlangt. Für die Vermutung unzureichender Anpassungsbemühungen spricht auch die Arbeitsmarktentwicklung in Ostdeutschland. Zu beobachten ist nicht ein kontinuierlicher Prozeß der Rationalisierung, wie er angesichts des Wettbewerbsdrucks und der Lohnentwicklung zu erwarten wäre, sondern lediglich ein Reagieren auf das Auslaufen tariflicher Vereinbarungen (Kündigungsschutz) und gesetzlicher Regelungen (Kurzarbeitergeld).

All dies ist Ausdruck eines gewissen Stillstandes in den noch der Treuhandanstalt zugehörigen Unternehmen. Aufgabe der Treuhandanstalt muß es sein, diesen Stillstand rasch zu überwinden, auf staatliche Industriepolitik zu verzichten, Dauersubventionen zu vermeiden und die zeitraubende Einzelfallentscheidung abzuschaffen. Das jetzt von der Treuhandanstalt ins Auge gefaßte Konzept einer „begleitenden Sanierung“ erfüllt diese Kriterien nicht, da es wiederum auf Einzelfallentscheidungen beruht, die eine gewisse Verantwortung der Treuhandanstalt für den Sanierungsweg präjudizieren und damit der klassische Einstieg in Dauersubventionen sind.

Das überlegene Konzept ist eine reine Anschubsanierung bzw. ein Vorgehen, das man „Als-ob-Privatisierung“ nennen könnte. Dies wäre leicht umzusetzen. Die Treuhandanstalt verfolgt ohnehin schon das Konzept, sanie-

rungsfähigen Unternehmen — darunter fallen Äußerungen der Treuhandanstalt zufolge wohl etwa 70 vH der noch in ihrem Besitz befindlichen Betriebe — die Altschulden weitgehend abzunehmen und diese Betriebseinheiten mit einem „branchenüblichen Eigenkapital“ auszustatten. Dieses Vorgehen müßte gestrafft, d.h. — ohne Einzelfallprüfung — radikal vereinfacht und verkürzt werden. Die Treuhandanstalt sollte die Altlasten aller zum jetzigen Zeitpunkt als sanierungsfähig angesehener Betriebe pauschal übernehmen und sich in der Tat in Höhe eines branchen- und größenklassenüblichen Eigenkapitals an den Unternehmen beteiligen. Entscheidend aber ist, daß die Treuhandanstalt nach diesem Schritt keinerlei weitere finanzielle Verpflichtung oder Hilfestellung übernimmt. Liquiditätsbürgschaften müssen ebenso ersatzlos entfallen wie Investitionsdarlehen oder sonstige Zusagen für weitergehende Unterstützung. Die Unternehmen wären dann zwar mit einer angemessenen Anfangsausstattung versehen, ansonsten aber vollständig dem Druck des Güter- und des Kapitalmarktes ausgesetzt.

Die Treuhandanstalt sollte allerdings ihre Kontrollfunktion als Eigentümer oder Teilhaber in der Weise wahrnehmen, daß sie wiederum Treuhänder benennt, die in ihrem Auftrag und entsprechend der jeweiligen Beteiligung an dem Unternehmen Positionen in den Aufsichtsräten besetzen. Der Aufsichtsrat muß Druck auf das Management der Unternehmen zur Umgestaltung und Rationalisierung ausüben und eventuell einen Austausch des Managements vorbereiten. Das Managementproblem muß in jedem Fall gelöst werden, ganz gleich, ob die Privatisierung rasch gelingt oder ob die Treuhandanstalt auf begleitende Sanierung setzt.

Die in dieser Weise dem Marktdruck ausgesetzten Unternehmen müssen handeln, als ob sie private Unternehmen wären, da eine weitergehende Absicherung durch den Anteilseigner Treuhandanstalt ausgeschlossen ist. Die Treuhandanstalt ihrerseits versucht, mit Hilfe ihrer Treuhänder im Aufsichtsrat dazu beizutragen, den Marktwert des Unternehmens zu erhalten; zugleich betreibt sie konsequent den Verkauf ihrer Anteile in jeder denkbaren Stückelung an Private.

Selbst wenn dabei viele Unternehmen bestehen bleiben, an denen die Treuhandanstalt, also letztlich der Staat, mit kleineren oder größeren Anteilen beteiligt ist, stellt das kein Problem dar, solange diese Unternehmen in Sachen Subventionierung wie rein private Unternehmen behandelt werden. Entscheidend ist lediglich, daß privates Kapital und private Risikobereitschaft vorhanden sind und der Prozeß der Anpassung an Marktbedingungen sofort beginnt. Die vollständige Privatisierung mag dann durchaus noch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen.

Monetäre Entwicklung und Geldpolitik

Angesichts gestiegener Stabilitätsrisiken und der Beschleunigung der Geldmengenexpansion seit Mitte vo-

rigen Jahres sah sich die Bundesbank im Dezember veranlaßt, ihre Leitzinsen erneut zu erhöhen. Die Geldmarktzinsen stiegen auf reichlich 9,5 %. Das inverse Gefälle zwischen den kurz- und den langfristigen Zinsen hat sich vergrößert.

Die Geldmenge M3 hatte zwar im Durchschnitt des vierten Quartals 1991 den Vorjahreswert um nur 5,2 vH übertroffen, so daß der obere Rand des Zielkorridors von 3 bis 5 vH lediglich leicht überschritten worden war. In laufender Rate aber hatte sich das Expansionstempo von M3 seit Mitte 1991 auf rund 8 vH beschleunigt. Auch nach der Jahreswende 1991/92 expandierten Kredite und Geldmenge M3 trotz höherer Geldmarktzinsen kräftig. Die Geldmenge M3 übertraf im Februar den Stand vom vierten Quartal des Vorjahres, auf das Jahr hochgerechnet, um 8,5 vH. Dagegen weist die Geldmenge im engeren Sinne (M1 = Bargeld plus Sichteinlagen), von Schwankungen abgesehen, eine nur moderate Zunahme auf. Die verfügbaren Indikatoren ergeben somit kein einheitliches Bild vom Kurs der Geldpolitik.

Die Tatsache, daß sich die Kreditnachfrage westdeutscher Unternehmen trotz hoher Kreditzinsen noch nicht abgeschwächt hat, ist für Phasen einer konjunkturellen Abkühlung durchaus charakteristisch. Während die Investitionsausgaben der Unternehmen immer noch zunehmen, wenn auch abgeschwächt, gehen die Eigenmittel schon merklich zurück, so daß der Fremdmittelbedarf entsprechend steigt. Hinzu kommt, daß zum Erwerb ostdeutscher Betriebe zusätzliche Finanzierungsmittel benötigt werden. Dies erhöht die gesamtwirtschaftliche Nettokreditnachfrage, weil die Treuhandanstalt die Privatisierungserlöse nicht nur zur Verminderung der Kreditaufnahme, sondern auch zur Ausweitung ihrer Ausgaben verwendet. Auch die Kreditnachfrage der ostdeutschen Unternehmen ist stark gestiegen; insbesondere nimmt der Liquiditätsbedarf der Unternehmen der Treuhandanstalt beträchtlich zu, weil hier die Entwicklung der Umsätze mit den Lohnsteigerungen nicht Schritt hält. Zudem ergibt sich aufgrund rasch expandierender Investitionen in Ostdeutschland ein erhöhter Finanzierungsbedarf.

Die anhaltend kräftige Expansion der Geldmenge M3 beruht teilweise darauf, daß in Ostdeutschland die Geldbestände nicht mehr — wie noch im ersten Halbjahr 1991 — sinken, sondern nun mit den Einkommen und Umsätzen zunehmen. Offensichtlich ist der Prozeß der Portfolioumschichtung von liquiden zu längerfristigen Anlageformen weitgehend abgeschlossen. Dies ist als Normalisierung des Anlageverhaltens zu werten und stellt demnach keinen inflatorischen Vorgang dar. Von noch größerer Bedeutung für das kräftige Wachstum der Geldmenge M3 dürfte der Einfluß der inversen Zinsstruktur auf die Anlagedispositionen von Unternehmen und privaten Haushalten sein. Angesichts der hohen Zinsen für die kurzfristigen Termingelder erscheint den Anlegern die Bildung von Geldkapital bisher wenig attraktiv. Die Expansion der Geldmenge M3 kann also ein irreführendes Bild der Geldpolitik vermitteln.

Sowohl die Zinsstruktur als auch das Expansionstempo von M1 deuten auf eine anhaltend straffe Geldpolitik hin.

Wegen des hohen Überhangs zu Beginn des Jahres wird die Expansionsrate der Geldmenge M3 — bezogen auf den Durchschnitt des vierten Quartals 1991 — wohl noch geraume Zeit oberhalb der für 1992 angestrebten Ausweitung um 3,5 bis 5,5 vH liegen. Sie dürfte sich allerdings allmählich verringern. Dafür spricht, daß bei schwacher Konjunktur und zunächst noch weiterhin hohen Zinsen die Haushalte und Unternehmen ihre Kassenhaltung vermutlich nur wenig ausweiten werden. Sobald die Kapitalmarktzinsen in der zweiten Jahreshälfte zu sinken beginnen und die Geldmenge sich dem Ziel nähert, sollte die Bundesbank nicht zögern, ihre Leitzinsen zu senken.

Die Bundesbank nimmt turnusmäßig zur Jahresmitte eine Überprüfung ihres Geldmengenziels vor. Die gegenwärtigen Probleme mit der Entwicklung der Geldmenge M3 geben keinen Anlaß, das Geldmengenziel auszusetzen. Die Indikatorqualität von M3 ist nur vorübergehend eingeschränkt. Mit der Normalisierung der Zinsstruktur werden die Divergenzen in der Entwicklung der verschiedenen Geldmengenaggregate allmählich wieder geringer. Bei der Überprüfung kann es deshalb nur darum gehen, ob der gewählte Zielkorridor beibehalten oder korrigiert werden soll. Manches spricht dafür, daß der Liquiditätsbedarf bei der Ableitung des Geldmengenziels eher zu niedrig angesetzt wurde. Für die Ausweitung des Produktionspotentials in den neuen Bundesländern hat die Bundesbank eine Rate von 3,5 vH unterstellt. Gegenwärtig kann keine verlässliche Aussage über das Wachstum des Produktionspotentials in Ostdeutschland gemacht werden;

nach Einschätzung der Institute wird es sich in einer Größenordnung von 5 bis 10 vH bewegen. Wegen des vergleichsweise geringen Anteils Ostdeutschlands am gesamtdeutschen Produktionspotential dürfte die sich daraus ergebende Fehlermarge für das Geldmengenziel jedoch gering sein.

Bei der Bemessung des Geldmengenziels hat die Bundesbank zudem einen Abschlag dafür gemacht, daß bei der Währungsumstellung zuviel zusätzliche Liquidität geschaffen worden sei. Dahinter verbirgt sich die Vorstellung, diese überschüssige Liquidität sei noch nicht für Käufe von Gütern und Diensten verwendet worden und könne nunmehr ohne negative Wirkungen auf Produktion und Beschäftigung wieder neutralisiert werden. Daß ein solcher Geldüberhang bei der Währungsumstellung überhaupt entstanden war, ist jedoch zu bezweifeln. Eine übermäßige Geldmengenausweitung hätte Druck auf die kurzfristigen Zinsen auslösen müssen. Tatsächlich hat sich die Zinsstruktur seinerzeit jedoch nur wenig verändert. Selbst wenn bei der Währungsumstellung ein Zuviel an Liquidität in Umlauf gebracht worden wäre, hätte dies schon in der Vergangenheit Nachfrage und Preise erhöht. Eine Einschränkung der Liquidität im Verlauf des Jahres 1992 könnte eine solche Entwicklung nicht mehr rückgängig machen. Sie würde statt dessen die Konjunktur in Westdeutschland und den Neuaufbau der Wirtschaft in den neuen Bundesländern behindern. Die Bundesbank sollte aus den genannten Gründen erklären, daß sie für 1992 eine Geldmengenexpansion am oberen Rand des Korridors anstrebt.

WESTDEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Schätzung für das Jahr 1992

	1990 ¹⁾	1991 ¹⁾	1992 ²⁾	1991 ¹⁾		1992 ²⁾	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Sozialprodukts
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Erwerbstätige (im Inland)	2,9	2,6	1,0	3,0	2,2	1,0	0,5
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-1,0	-0,9	-1,0	-1,0	-0,8	-1,0	-1,0
Arbeitstage ³⁾	-0,3	0,0	0,5	-0,3	0,3	0,5	1,0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	1,6	1,7	0,5	1,6	1,7	0,5	0,0
Produktivität ⁴⁾	3,0	1,7	1,0	2,9	0,6	0,5	1,5
Bruttoinlandsprodukt real	4,7	3,4	1,5	4,6	2,3	1,0	2,0

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 299,2	1 379,1	1 449,5	669,1	710,0	701,5	748,0
Staatsverbrauch	443,1	469,4	501,5	216,5	252,9	232,0	269,5
Anlageinvestitionen	509,5	569,7	601,0	270,0	299,7	286,0	315,0
Ausrüstungen	234,5	263,8	272,0	126,2	137,6	128,5	143,0
Bauten	275,0	306,0	329,0	143,9	162,1	157,0	172,0
Vorratsveränderung	8,1	9,1	7,5	13,3	-4,3	12,0	-4,5
Außenbeitrag	165,6	187,9	203,5	91,2	96,8	101,5	102,0
Ausfuhr	881,8	1 009,1	1 073,0	493,4	515,7	526,0	547,5
Einfuhr	716,2	821,1	869,5	402,2	418,9	424,0	445,5
Bruttosozialprodukt	2 425,5	2 615,2	2 763,0	1 260,2	1 355,0	1 333,0	1 430,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	7,4	6,1	5,0	7,0	5,4	5,0	5,5
Staatsverbrauch	5,8	5,9	7,0	4,5	7,2	7,0	6,5
Anlageinvestitionen	12,9	11,8	5,5	13,4	10,4	6,0	5,0
Ausrüstungen	14,5	12,5	3,0	17,7	8,0	2,0	4,0
Bauten	11,5	11,3	7,5	9,9	12,5	9,0	6,0
Ausfuhr	11,9	14,4	6,5	18,5	10,8	6,5	6,0
Einfuhr	11,4	14,7	6,0	16,8	12,6	5,5	6,5
Bruttosozialprodukt	8,0	7,8	5,5	9,0	6,8	6,0	5,5

3. Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1985
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 211,1	1 241,0	1 257,5	610,1	630,9	613,0	644,0
Staatsverbrauch	390,5	393,5	403,0	191,4	202,2	196,5	206,5
Anlageinvestitionen	458,6	489,2	492,5	234,4	254,8	236,0	256,0
Ausrüstungen	220,9	241,7	241,5	116,4	125,3	115,0	126,5
Bauten	237,7	247,4	251,0	117,9	129,5	121,0	129,5
Vorratsveränderung	11,7	11,1	7,5	15,7	-4,6	11,0	-3,5
Außenbeitrag	66,7	71,1	68,5	36,0	35,2	35,5	33,5
Ausfuhr	852,6	955,8	987,5	470,9	484,9	488,0	499,5
Einfuhr	785,9	884,6	919,0	434,9	449,8	453,0	466,0
Bruttosozialprodukt	2 138,7	2 205,9	2 228,5	1 087,5	1 118,4	1 092,0	1 136,5
nachrichtlich:							
Inlandsnachfrage	2 072,0	2 134,8	2 160,0	1 051,5	1 083,3	1 056,5	1 103,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	4,7	2,5	1,5	4,0	1,1	0,5	2,0
Staatsverbrauch	2,1	0,8	2,5	-0,2	1,7	2,5	2,0
Anlageinvestitionen	8,8	6,7	0,5	8,5	5,0	1,0	0,5
Ausrüstungen	12,9	9,4	0,0	14,9	4,7	-1,0	1,0
Bauten	5,3	4,1	1,5	2,8	5,3	2,5	0,0
Ausfuhr	11,0	12,1	3,5	16,2	8,4	3,5	3,0
Einfuhr	11,6	12,6	4,0	14,7	10,6	4,0	3,5
Bruttosozialprodukt	4,5	3,1	1,0	4,8	1,6	0,5	1,5
nachrichtlich:							
Inlandsnachfrage	4,5	3,0	1,0	3,9	2,2	0,5	2,0

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1990 ¹⁾	1991 ¹⁾	1992 ²⁾	1991 ¹⁾		1992 ²⁾	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1985 = 100) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	2,6	3,6	3 3/4	2,9	4,3	4,5	3,5
Staatsverbrauch	3,7	5,1	4,5	4,7	5,4	4,5	4,5
Anlageinvestitionen	3,7	4,8	5,0	4,6	5,1	5,0	4,5
Ausrüstungen	1,4	2,8	3,0	2,4	3,2	3,5	3,0
Bauten	5,9	6,9	6,0	6,9	6,8	6,5	6,0
Ausfuhr	0,8	2,1	3,0	2,1	2,2	3,0	3,0
Einfuhr	-0,2	1,9	2,0	1,8	1,9	1,5	2,5
Bruttosozialprodukt	3,4	4,5	4,5	4,0	5,1	5,5	4,0

5. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 313,9	1 417,4	1 498,0	659,4	758,0	701,5	796,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1 069,8	1 154,2	1 221,0	536,9	617,4	571,5	649,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	743,0	778,7	817,5	368,4	410,3	380,5	437,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	557,7	578,9	594,5	303,2	275,7	305,5	289,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	473,7	484,1	496,5	260,5	223,6	258,0	238,0
Entnahmen ^{5) 7)}	396,7	415,5	436,5	217,8	197,7	232,0	204,5
Nichtentnommene Gewinne	77,0	68,6	59,5	42,7	25,9	26,0	34,0
Volkseinkommen	1 871,6	1 996,2	2 092,5	962,6	1 033,7	1 006,5	1 086,0
Abschreibungen	299,7	327,2	356,5	160,2	167,0	174,5	182,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	254,2	291,8	314,5	137,4	154,3	152,0	162,5
Bruttosozialprodukt	2 425,5	2 615,2	2 763,0	1 260,2	1 355,0	1 333,0	1 430,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	7,5	7,9	5,5	7,8	7,9	6,5	5,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	7,8	7,9	6,0	8,0	7,8	6,5	5,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	10,7	4,8	5,0	6,0	3,7	3,5	6,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	4,7	6,1	5,5	5,6	6,6	6,5	5,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	7,5	3,1	5,0	3,7	2,6	3,5	6,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	8,8	3,8	2,5	8,4	-0,8	0,5	5,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	12,0	2,2	2,5	8,8	-4,6	-1,0	6,5
Entnahmen ^{5) 7)}	10,0	4,7	5,0	7,2	2,2	6,5	3,5
Volkseinkommen	7,9	6,7	5,0	8,0	5,5	4,5	5,0
Abschreibungen	7,3	9,2	9,0	8,9	9,5	9,0	9,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	9,8	14,8	8,0	16,9	13,0	10,5	5,0
Bruttosozialprodukt	8,0	7,8	5,5	9,0	6,8	6,0	5,5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	743,0	778,7	817,5	368,4	410,3	380,5	437,0
Einkommensübertragungen ⁶⁾	378,9	405,1	428,0	196,0	209,2	209,0	219,0
Entnahmen ⁷⁾	448,5	481,5	505,5	248,2	233,4	261,5	244,0
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	22,1	25,7	29,0	12,2	13,5	14,0	15,0
Geleistete Übertragungen ⁸⁾	39,6	42,0	44,0	20,2	21,8	21,5	22,5
Verfügbares Einkommen	1 508,8	1 597,7	1 678,0	780,1	817,6	815,5	862,5
Privater Verbrauch	1 299,2	1 379,1	1 449,5	669,1	710,0	701,5	748,0
Ersparnis	209,6	218,6	228,5	111,0	107,6	114,5	114,0
Sparquote ⁹⁾	13,9	13,7	13,5	14,2	13,2	14,0	13,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	10,7	4,8	5,0	6,0	3,7	3,5	6,5
Einkommensübertragungen ⁶⁾	5,2	6,9	5,5	6,0	7,8	6,5	4,5
Entnahmen ⁷⁾	9,7	7,4	5,0	9,7	5,0	5,5	4,5
Verfügbares Einkommen	9,1	5,9	5,0	7,1	4,7	4,5	5,5
Privater Verbrauch	7,4	6,1	5,0	7,0	5,4	5,0	5,5
Ersparnis	20,9	4,3	4,5	8,2	0,6	3,0	6,0

OSTDEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Schätzung für das Jahr 1992

	1990 ¹⁰⁾	1991 ¹⁰⁾	1992 ²⁾	1991 ¹⁰⁾		1992 ²⁾	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Sozialprodukts
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Erwerbstätige (im Inland)	-10,2	-19,1	-14,5	-19,5	-18,6	-17,5	-11,0
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-5,5	-17,7	10,0	-23,0	-11,4	12,0	8,0
Arbeitsstage ³⁾	-0,6	-0,4	0,5	-1,0	0,3	0,5	1,0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-15,7	-33,6	-5,5	-38,6	-27,7	-7,5	-3,0
Produktivität ¹¹⁾	1,2	-0,5	13,0	-7,8	9,3	12,0	13,5
Bruttoinlandsprodukt real	-14,7	-33,9	7,0	-43,4	-20,9	4,0	10,0

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	163,8	196,3	227,5	90,9	105,3	108,0	119,5
Staatsverbrauch	71,5	90,2	101,5	40,8	49,4	46,5	54,5
Anlageinvestitionen	58,1	72,4	98,0	32,2	40,2	46,0	52,0
Ausrüstungen	19,5	36,0	48,5	15,9	20,0	23,5	25,0
Bauten	38,5	36,4	49,5	16,3	20,2	22,5	27,0
Vorratsveränderung	-5,6	2,4	2,0	3,7	-1,3	2,0	0,0
Außenbeitrag	-54,2	-168,1	-177,5	-80,2	-87,9	-89,0	-88,5
Ausfuhr	60,0	59,2	75,0	25,2	34,0	32,5	42,5
Einfuhr	114,2	227,3	252,5	105,4	121,9	121,5	131,0
Bruttosozialprodukt	233,5	193,1	251,5	87,3	105,8	113,5	137,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	5,2	19,8	16,0	20,6	19,2	19,0	13,5
Staatsverbrauch	8,5	26,2	12,5	24,1	28,1	14,5	10,5
Anlageinvestitionen	9,4	24,7	35,5	19,4	29,3	43,0	29,5
Ausrüstungen	28,5	84,2	35,0	117,3	64,3	47,0	25,0
Bauten	1,8	-5,4	36,0	-17,2	6,7	39,0	33,5
Ausfuhr	11,5	-1,3	26,5	-6,9	3,3	29,0	25,0
Einfuhr	84,6	99,1	11,0	225,4	49,0	15,0	7,5
Bruttosozialprodukt	-17,5	-17,3	30,0	-35,0	6,9	30,0	30,0

3. Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1991
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	186,0	196,3	203,0	95,3	101,0	99,0	104,0
Staatsverbrauch	89,3	90,2	89,0	43,2	47,0	44,0	45,0
Anlageinvestitionen	61,4	72,4	91,5	32,7	39,7	43,5	48,0
Ausrüstungen	19,1	36,0	47,0	15,9	20,0	23,0	24,5
Bauten	42,4	36,4	44,5	16,8	19,7	21,0	24,0
Vorratsveränderung	-3,3	2,4	2,0	3,7	-1,3	2,0	0,0
Außenbeitrag	-56,5	-168,1	-172,5	-81,2	-86,9	-86,5	-86,0
Ausfuhr	62,5	59,2	71,5	25,7	33,5	31,5	40,5
Einfuhr	119,0	227,3	244,0	107,0	120,4	118,0	126,0
Bruttosozialprodukt	277,0	193,1	213,5	93,6	99,5	102,0	111,0
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	333,5	361,2	386,0	174,9	186,4	189,0	197,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	5,0	5,5	3,5	9,9	1,7	4,0	3,0
Staatsverbrauch	10,4	1,0	-1,0	-2,7	4,6	2,0	-4,5
Anlageinvestitionen	6,2	17,9	26,5	14,4	20,9	33,5	21,0
Ausrüstungen	38,3	88,7	31,0	133,1	63,9	43,5	21,0
Bauten	-3,9	-14,0	22,0	-22,9	-4,6	24,0	20,5
Ausfuhr	10,0	-5,2	21,0	-10,0	-1,2	22,0	20,0
Einfuhr	82,5	91,0	7,5	212,9	41,9	10,5	4,5
Bruttosozialprodukt	-14,4	-30,3	10,5	-41,3	-15,4	9,0	11,5
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	0,4	8,3	7,0	6,0	10,6	8,0	5,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1990 ¹⁰⁾	1991 ¹⁰⁾	1992 ²⁾	1991 ¹⁰⁾		1992 ²⁾	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1991 = 100)
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	0,2	13,6	12,0	9,7	17,3	14,0	10,0
Staatsverbrauch	-1,8	25,0	13,5	27,5	22,5	12,0	15,5
Anlageinvestitionen	3,1	5,8	7,0	4,3	6,9	7,0	7,0
Ausrüstungen	-7,1	-2,4	3,0	-6,8	0,2	2,5	3,5
Bauten	5,9	9,9	11,5	7,4	11,9	12,5	10,5
Ausfuhr	1,3	4,2	4,5	3,4	4,6	5,5	4,0
Einfuhr	1,1	4,2	3,5	4,0	5,0	4,5	2,5
Bruttosozialprodukt	-3,6	18,6	18,0	10,6	26,2	19,5	16,5

5. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	167,4	184,7	217,5	81,4	103,2	99,5	118,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	142,8	155,5	185,0	68,7	86,8	84,5	100,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	113,3	115,1	133,0	52,2	62,9	61,0	72,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	45,4	-16,0	-2,5	-3,3	-12,7	-2,5	0,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	38,7	-27,3	-20,0	-9,0	-18,2	-11,5	-8,5
Entnahmen ⁵⁾⁷⁾	14,3	18,4	14,0	3,8	14,6	6,5	7,0
Nichtentnommene Gewinne	24,4	-45,6	-34,0	-12,8	-32,8	-18,0	-15,5
Volkseinkommen	212,7	168,7	215,0	78,1	90,6	96,5	118,0
Abschreibungen	25,0	26,4	29,5	12,9	13,5	14,5	15,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	-4,3	-2,0	7,0	-3,7	1,7	2,5	4,5
Bruttosozialprodukt	233,5	193,1	251,5	87,3	105,8	113,5	137,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	4,2	10,3	17,5	-10,2	34,7	22,0	14,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	4,9	8,9	19,0	-10,8	31,9	23,0	16,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	4,5	1,6	15,5	-14,7	20,6	17,5	14,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	18,0	32,9	37,0	10,7	57,9	45,5	29,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	17,6	23,9	33,0	5,9	44,4	39,0	27,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-37,7
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-43,6
Entnahmen ⁵⁾⁷⁾	-34,0	28,8	-25,0	133,1	15,4	74,0	-51,0
Volkseinkommen	-8,9	-20,7	27,5	-34,9	-2,2	23,5	30,5
Abschreibungen	0,4	5,8	11,0	1,9	9,7	12,0	10,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen
Bruttosozialprodukt	-17,5	-17,3	30,0	-35,0	6,9	30,0	30,0

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	113,3	115,1	133,0	52,2	62,9	61,0	72,0
Einkommensübertragungen ⁶⁾	43,1	80,8	100,0	37,6	43,3	48,5	51,5
Entnahmen ⁷⁾	17,7	24,5	37,0	6,5	17,9	18,0	19,0
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	2,9	4,1	5,5	1,9	2,2	2,5	3,0
Geleistete Übertragungen ⁸⁾	4,3	4,8	5,5	2,4	2,5	2,5	3,0
Verfügbares Einkommen	166,9	211,4	259,0	92,1	119,4	122,5	136,5
Privater Verbrauch	163,8	196,3	227,5	90,9	105,3	108,0	119,5
Ersparnis	3,2	15,2	31,5	1,1	14,0	14,5	17,0
Sparquote ⁹⁾	1,9	7,2	12,0	1,2	11,8	12,0	12,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	4,5	1,6	15,5	-14,7	20,6	17,5	14,0
Einkommensübertragungen ⁶⁾	13,7	87,4	23,5	97,2	79,7	29,5	18,5
Entnahmen ⁷⁾	-30,9	38,6	51,5	80,4	27,8	173,5	7,0
Verfügbares Einkommen	1,2	26,7	22,5	14,8	37,6	33,0	14,0
Privater Verbrauch	5,2	19,8	16,0	20,6	.	19,0	13,5
Ersparnis	-65,7	376,2	106,5	-76,0	-972,0	1 165,0	20,0

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Schätzung für das Jahr 1992

	1990 ¹⁾ ¹⁰⁾	1991 ¹⁾ ¹⁰⁾	1992 ²⁾	1991 ¹⁾ ¹⁰⁾		1992 ²⁾	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Sozialprodukts
 Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Erwerbstätige (im Inland)	-0,5	-2,5	-2,0	-2,6	-2,5	-3,0	-1,5
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-2,1	-4,2	1,0	-5,9	-2,4	1,5	0,5
Arbeitstage ³⁾	-0,4	-0,1	0,5	-0,5	0,3	0,5	1,0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-3,0	-6,7	-0,5	-8,8	-4,5	-1,0	-0,5
Produktivität ¹¹⁾	5,9	7,3	2,5	9,2	5,2	2,5	2,5
Bruttoinlandsprodukt real	2,7	0,0	2,0	-0,4	0,5	1,5	2,5

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen
 a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 463,0	1 575,4	1 677,0	760,0	815,3	809,5	867,5
Staatsverbrauch	514,5	559,6	603,0	257,3	302,3	279,0	324,0
Anlageinvestitionen	567,6	642,1	699,0	302,2	339,9	332,0	367,0
Ausrüstungen	254,0	299,7	320,5	142,1	157,6	152,0	168,0
Bauten	313,5	342,4	378,5	160,1	182,3	180,0	199,0
Vorratsveränderung	2,5	11,5	9,5	17,1	-5,6	14,0	-4,5
Außenbeitrag	111,4	19,8	26,0	11,0	8,9	12,5	13,5
Ausfuhr ¹²⁾	840,4	824,0	868,5	408,6	415,5	424,0	445,0
Einfuhr ¹²⁾	729,0	804,2	842,5	397,6	406,6	411,0	431,5
Bruttosozialprodukt	2 659,0	2 808,3	3 014,5	1 347,5	1 460,8	1 447,0	1 567,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	7,2	7,7	6,5	8,4	7,0	6,5	6,5
Staatsverbrauch	6,2	8,8	8,0	7,2	10,1	8,5	7,0
Anlageinvestitionen	12,5	13,1	9,0	14,0	12,4	10,0	8,0
Ausrüstungen	15,4	18,0	7,0	24,1	13,0	7,0	6,5
Bauten	10,2	9,2	10,5	6,4	11,8	12,5	9,0
Ausfuhr ¹²⁾	-0,2	-1,9	5,5	-3,6	-0,2	3,5	7,0
Einfuhr ¹²⁾	3,4	10,3	5,0	11,3	9,4	3,5	6,0
Bruttosozialprodukt	5,2	5,6	7,5	4,4	6,8	7,5	7,5

3. Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1991
 Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	4,7	2,8	1,5	4,7	1,1	1,0	2,0
Staatsverbrauch	3,3	0,8	2,0	-0,6	2,2	2,5	1,0
Anlageinvestitionen	8,4	7,7	3,5	8,7	6,7	4,5	3,0
Ausrüstungen	14,4	15,2	3,5	21,8	9,8	4,0	3,5
Bauten	4,1	1,8	3,5	-0,6	4,1	5,0	2,5
Ausfuhr ¹²⁾	-1,0	-3,9	2,5	-5,6	-2,1	1,5	4,0
Einfuhr ¹²⁾	3,5	8,1	3,5	8,3	7,7	3,0	4,0
Bruttosozialprodukt	2,6	0,2	1,5	0,0	0,4	1,0	2,5
nachrichtlich:							
Inlandsnachfrage	4,1	3,7	2,0	4,2	3,2	1,5	2,5

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1991 = 100)
 Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	2,3	4,7	5,0	3,6	5,8	5,5	4,0
Staatsverbrauch	2,8	7,9	6,0	7,8	7,8	5,5	6,0
Anlageinvestitionen	3,8	5,1	5,0	4,9	5,3	5,0	5,0
Ausrüstungen	0,9	2,4	3,0	1,9	2,9	3,0	3,0
Bauten	5,9	7,3	7,0	7,0	7,4	7,0	6,5
Ausfuhr ¹²⁾	0,8	2,0	2,5	2,1	1,9	2,5	3,0
Einfuhr ¹²⁾	-0,1	2,1	1,5	2,8	1,6	0,5	2,5
Bruttosozialprodukt	2,5	5,4	5,5	4,4	6,3	6,0	5,0

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1990 ¹⁾ 10)	1991 ¹⁾ 10)	1992 ²⁾	1991 ¹⁾ 10)		1992 ²⁾	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

5. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 481,3	1 602,0	1 715,5	740,8	861,2	800,5	914,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1 212,7	1 309,7	1 406,0	605,6	704,2	656,0	750,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	856,4	893,8	950,5	420,6	473,2	442,0	508,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	603,0	562,9	592,0	299,9	263,0	302,5	289,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	512,5	457,6	476,5	251,6	206,0	246,5	229,5
Entnahmen ⁵⁾ 7)	411,0	433,9	450,5	221,6	212,3	239,0	211,5
Nichtentnommene Gewinne	101,5	23,7	26,0	30,0	-6,3	7,5	18,0
Volkseinkommen	2 084,3	2 164,9	2 307,5	1 040,7	1 124,2	1 103,5	1 204,0
Abschreibungen	324,7	353,7	385,5	173,1	180,6	189,0	196,5
Indirekte Steuern ./ Subventionen	250,0	289,8	321,5	133,7	156,0	154,5	167,0
Bruttosozialprodukt	2 659,0	2 808,3	3 014,5	1 347,5	1 460,8	1 447,0	1 567,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	7,1	8,2	7,0	5,5	10,6	8,0	6,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	7,4	8,0	7,5	5,5	10,3	8,5	6,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	9,8	4,4	6,5	2,9	5,7	5,0	7,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	8,5	11,7	10,5	9,3	13,8	12,0	9,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	10,9	7,9	9,5	6,7	9,1	9,0	10,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	3,0	-6,7	5,0	-3,0	-10,5	1,0	10,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	4,2	-10,7	4,0	-5,6	-16,2	-2,0	11,5
Entnahmen ⁵⁾ 7)	7,6	5,6	4,0	8,2	3,0	8,0	-0,5
Volkseinkommen	5,9	3,9	6,5	2,9	4,8	6,0	7,0
Abschreibungen	6,7	8,9	9,0	8,3	9,5	9,0	9,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	-2,4	15,9	11,0	12,1	19,4	15,5	7,0
Bruttosozialprodukt	5,2	5,6	7,5	4,4	6,8	7,5	7,5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	856,4	893,8	950,5	420,6	473,2	442,0	508,5
Einkommensübertragungen ⁶⁾	422,0	485,9	528,0	233,6	252,4	257,5	270,5
Entnahmen ⁷⁾	466,2	506,0	542,5	254,7	251,3	279,5	263,0
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	25,0	29,8	34,5	14,1	15,7	16,5	18,0
Geleistete Übertragungen ⁸⁾	43,9	46,8	49,5	22,5	24,2	24,0	25,5
Verfügbares Einkommen	1 675,8	1 809,2	1 937,0	872,2	937,0	938,0	998,5
Privater Verbrauch	1 463,0	1 575,4	1 677,0	760,0	815,3	809,5	867,5
Ersparnis	212,8	233,8	260,0	112,2	121,7	129,0	131,0
Sparquote ⁹⁾	12,7	12,9	13,5	12,9	13,0	13,5	13,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	9,8	4,4	6,5	2,9	5,7	5,0	7,5
Einkommensübertragungen ⁶⁾	6,0	15,1	8,5	14,5	15,7	10,5	7,0
Entnahmen ⁷⁾	7,3	8,5	7,0	10,8	6,3	9,5	4,5
Verfügbares Einkommen	8,3	8,0	7,0	7,9	8,0	7,5	6,5
Privater Verbrauch	7,2	7,7	6,5	8,4	7,0	6,5	6,5
Ersparnis	16,5	9,9	11,0	4,4	15,5	15,0	7,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1990 ¹⁾	1991 ¹⁾	1992 ²⁾	1991 ¹⁾		1992 ²⁾	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates¹³⁾
a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	612,4	688,4	751,0	311,2	377,2	356,5	394,5
Sozialbeiträge	461,8	508,4	553,5	236,1	272,4	261,5	291,5
Erwerbseinkünfte	34,1	35,1	43,5	20,3	14,8	27,5	16,0
Sonstige Übertragungen ¹²⁾	28,8	39,9	50,0	17,4	22,5	23,0	27,0
Vermögensübertragungen ¹²⁾	7,6	8,3	8,5	3,6	4,6	4,0	5,0
Einnahmen insgesamt	1 144,7	1 280,0	1 406,0	588,5	691,6	672,5	733,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	514,5	559,6	603,0	257,3	302,3	279,0	324,0
Zinsen	64,3	77,4	101,5	39,3	38,1	51,5	49,5
Laufende Übertragungen an	549,3	630,0	677,0	305,3	324,7	327,5	349,5
Private Haushalte	426,4	485,3	538,5	232,8	252,5	263,5	275,5
Unternehmen	85,3	76,7	74,0	36,7	40,0	33,5	40,5
Übrige Welt ¹²⁾	37,6	68,1	64,5	35,9	32,2	31,0	33,5
Vermögensübertragungen ¹²⁾	37,3	54,5	66,5	23,9	30,6	29,5	37,0
Nettoinvestitionen	48,8	53,0	60,0	21,5	31,5	25,5	34,5
Ausgaben insgesamt	1 214,1	1 374,4	1 507,5	647,3	727,2	713,5	794,5
Finanzierungssaldo	-69,4	-94,4	-101,5	-58,8	-35,6	-40,5	-61,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern		12,4	9,0	9,5	14,9	14,5	4,5
Sozialbeiträge		10,1	9,0	5,5	14,4	11,0	7,0
Erwerbseinkünfte		3,0	24,0	-2,5	11,5	36,5	7,5
Sonstige Übertragungen ¹²⁾		38,4	25,0	31,6	44,2	32,0	20,0
Vermögensübertragungen ¹²⁾		8,4	3,0	6,5	10,0	3,5	3,0
Einnahmen insgesamt		11,8	10,0	7,9	15,4	14,5	6,0
Ausgaben							
Staatsverbrauch		8,8	8,0	7,2	10,1	8,5	7,0
Zinsen		20,4	31,0	17,0	24,2	31,5	30,0
Laufende Übertragungen an		14,7	7,5	15,4	14,0	7,5	7,5
Private Haushalte		13,8	11,0	11,8	15,7	13,0	9,0
Unternehmen		-10,2	-3,5	-3,7	-15,4	-8,5	1,0
Übrige Welt ¹²⁾		81,2	-5,5	96,3	66,9	-14,0	4,5
Vermögensübertragungen ¹²⁾		46,1	22,0	63,1	35,1	23,5	21,0
Nettoinvestitionen		8,6	13,0	1,2	14,3	19,0	9,0
Ausgaben insgesamt		13,2	9,5	12,8	13,6	10,0	9,0

¹⁾ Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1992, und Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) sowie eigenen Berechnungen von Arbeitszeit und Produktivität; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — ²⁾ Schätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — ³⁾ Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — ⁴⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985 je Erwerbstätigenstunde. — ⁵⁾ Nach Abzug der Zinsen auf Konsumenten- und auf öffentliche Schulden. — ⁶⁾ Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates und der Unternehmen für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge zur Sozialversicherung), sonstige Übertragungen des Staates an private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck, internationale private Übertragungen. — ⁷⁾ Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen. — ⁸⁾ Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — ⁹⁾ Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens. — ¹⁰⁾ Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 1/1992) und einer empirisch gestützten Modellrechnung des DIW, Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — ¹¹⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigenstunde. — ¹²⁾ Angaben für die Bundesrepublik um innerdeutsche Transaktionen bereinigt. — ¹³⁾ Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds, Fonds Deutsche Einheit, Kreditabwicklungsfonds und Sozialversicherungen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr. 136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr. 137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr. 138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr. 139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.
- Nr. 140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. DM 44,60.
- Nr. 141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. DM 22,60.
- Nr. 142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. DM 19,80.
- Nr. 143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. DM 56,—.
- Nr. 144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. DM 54,—.
- Nr. 145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. DM 82,60.
- Nr. 146 **Die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Entwicklungen der Regionen in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. (Hrsg.). 252 S. 1991. DM 62,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (030) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten